

# **Der Grüne Regionen-Report**

**Endbericht 2005**

Heidi Rest-Hinterseer & Günther Marchner

## Regionenreport – Inhaltsverzeichnis

1.1	Warum ein Regionen-Report?	3
	Ballungszentren und Hochleistungskorridore statt Vielfalt & Lebensqualität? Die Grünen und „die Region“	
1.2	Was meint der Regionen-Report mit „Region“?	6
	Regionen sind... Viele Phänomene haben regionale Auswirkungen Politik mit dem Raum Eine Typologie regionaler Herausforderungen	
2.1	Rahmenbedingungen für Gemeinden und Regionen mit Zukunft	18
2.2	Flexible Vielfalt: Wie kann eine vielfältige und flexible Wirtschaft, die Arbeitsplätze und Versorgungsmöglichkeiten in Regionen und Gemeinden sichert, zukunftsweisend entwickelt und gestaltet werden?	21
2.3	Öffentliches Rückgrat: Wie kann eine öffentliche Infrastruktur, die die Lebensqualität der Menschen sichert, zukünftig flächendeckend und bedarfsorientiert organisiert werden?	28
2.4	Erkämpfte Lebensqualität: Wie kann die Beeinträchtigung von Umwelt und Lebensqualität in Regionen, die von einer dynamischen Entwicklung besonders betroffen sind begrenzt bzw. verhindert werden?	37
2.5	Flächendeckende Nutzung: Wie kann land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung aufrechterhalten und zukunftsweisend organisiert werden?	44
2.6	Geschlechtersensible Planung und Politik: Wie kann eine geschlechtersensible und gleichstellungsorientierte Planung und Politik die Gestaltung regionaler Lebensbedingungen verändern?	52
2.7	Zukunftsfähige Gemeinde- und Regionalentwicklung: Wie können Gemeinden und Regionen neue Herausforderungen, Probleme und Aufgaben eigenständiger, demokratischer und zukunftsfähiger bewältigen?	59
	TeilnehmerInnen an den Diskussionsforen zum Grünen Regionenreport	70
	Weitere GesprächspartnerInnen	71
	Links	72

## 1.1 Warum ein Regionen-Report?

### **Ballungszentren und Hochleistungskorridore statt Vielfalt und Lebensqualität?**

Die Dynamik von wirtschaftlicher Liberalisierung, Standortwettbewerb und Mobilitätsentwicklung führt zu einer gesellschaftlichen Entwicklung, in der allein Ballungszentren und Hochleistungskorridore zählen. Städte und Ballungszentren sind die Gewinner der Globalisierung – wenn sie über entsprechende Standortbedingungen (Infrastruktur, qualifiziertes Arbeitskräftepotential udgl.) verfügen. Alles was „klein“, „langsam“ oder räumlich „abgelegen“ ist, gilt nicht mehr als wettbewerbsfähig, rentabel oder förderungswürdig. Diese Entwicklung führt dazu, dass die Kluft zwischen dynamischen und erfolgreichen (Stadt)Regionen einerseits und strukturschwachen und peripheren Regionen andererseits zunimmt. Sie bedroht die Vielfalt und Lebensqualität regionaler Lebensräume und erfordert zukunftsweisende politische Antworten.

Der grüne Regionen-Report konzentriert sich auf die besonderen räumlich-strukturellen Auswirkungen dieser Dynamik und ihrer Folgen für regionale Lebensbedingungen. Im Mittelpunkt stehen Regionen und Bevölkerungsgruppen, die entweder nicht zu den „Standortgünstlingen“ und „Erfolgreichen“ zählen oder von den Auswirkungen einer rasanten Erschließung und Nutzung von Lebensräumen in besonderer Weise betroffen sind. Der Regionen-Report dokumentiert Probleme und Herausforderungen sowie politische Alternativen und zukunftsweisende Strategien für die Sicherung von regionaler Vielfalt und Lebensqualität.

Gegen die verbreitete Annahme, dass kleine ökonomische und organisatorische Einheiten – Mikrounternehmen, Bergbauernbetriebe oder Kleingemeinden – ökonomisch nicht tragfähig und sinnvoll sind, und gegen die Vorstellung, dass öffentliche Infrastruktur – vom öffentlichen Personennahverkehr bis zu sozialen Betreuungseinrichtungen – aus budgetpolitischen Gründen nicht flächendeckend finanzierbar sind und dass sich die Politik vom Anspruch

der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen verabschiedet, fragt der Regionen-Report:

- Wie ist es in Zukunft möglich, vermeidbare Unterschiede zwischen Regionen zu vermeiden? Wie können gleichwertige Lebens- und Berufschancen und der Zugang zu öffentlicher Infrastruktur nicht nur in den Zentren, sondern auch „in der Fläche“ gesichert werden? Wie kann flexible Vielfalt, die Arbeitsplätze und Versorgung in Gemeinden und Regionen sichert, zukunftsweisend gesichert werden?

Gegen einen unvermeidlich erscheinenden, wachsenden Flächen- und Ressourcenverbrauch und einer offenbar nicht zu verhindernden Verkehrszunahme in Stadt-Umland-Gebieten, Tourismusregionen und an „Transitkorridoren“ sowie einem vermeintlichen Sachzwang zur Erschließung bisher unberührter Gebiete, fragt der Regionen-Report:

- Wie können Umweltzerstörung, Übererschließung, Verkehrsbelastung im Umfeld von Ballungsräumen, in Regionen mit Intensivtourismus und an Transitkorridoren trotz der vermeintlichen „Sachzwänge“ aufgehalten, vermieden bzw. begrenzt werden? Wie kann Lebensqualität in den betroffenen Regionen gesichert werden?

## **Die Grünen und „die Region“**

Die Lebensumstände in Österreich beruhen in besonderer Weise auf der relativen räumlichen Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen und Lebensqualität.<sup>1</sup> Österreich ist – nicht zuletzt aufgrund seiner topographischen, strukturellen und ökologisch sensiblen Lage (Zwei Drittel Berggebiet!) – von einer kleinräumigen Struktur geprägt, die ohne intelligente Gestaltung von Rahmenbedingungen Gefahr läuft, dass vorhandene Lebensqualität in vielen Regionen eingebüßt wird.

Im grünen Diskurs findet der Umgang mit dem vielschichtigen Begriff „Region“ spannungsgeladen statt: Aus ökologischer Sicht sind „Dezentralität“ und „Kleinheit“ erwünscht und aus mancher romantischen Sichtweise wurde

„die Region“ zur Ersatzutopie für verloren gegangene „große Erzählungen“ sowie zur Projektionsfläche eines vermeintlich alternativen Lebens. Aus einem progressiven Verständnis heraus gilt „das Regionale“ oft als „provinziell“ und damit als politisch verdächtig. Es wird vorwiegend mit einem konservativ-ländlichen Milieu, mit Anti-Modernismus oder mit einer naiven „*Small is beautiful*“-Romantik gleichgesetzt.

Im Rahmen des Regionen-Reports möchten wir diesen polaren Sichtweisen ein Verständnis gegenüberstellen, das von der Notwendigkeit einer zukunftsfähigen Perspektive für Gemeinden und Regionen innerhalb und außerhalb von Ballungszentren und Hochleistungskorridoren ausgeht. Im Mittelpunkt stehen Herausforderungen und politische Alternativen, die sich sowohl auf die allgemeine Verantwortung und die Rahmenbedingungen für regionale Lebensräume und Lebensbedingungen beziehen als auch auf eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten von Gemeinden und Regionen. Damit soll eine andere Perspektive eröffnet werden – jenseits romantischer Liebhaberei und unpolitischer Sehnsucht nach dem „kleinen Überschaubaren“, aber auch jenseits einer Perspektive, die städtisch erprobte Modelle undifferenziert auf Regionen übertragen möchte.

Grüne Politik erreichte bislang ihre Klientel hauptsächlich in den Städten und Ballungsgebieten. Dennoch kann sich grüne Politik nicht auf diese Zonen beschränken. Das oft verdächtige, als konservativ denunzierte Land, die „Provinz“ mit ihren Dörfern, Gemeinden und Kleinstädten, mit alpinen Gebieten und Grenzregionen, interessiert ebenso wie „überfahrene“ Regionen. Wollen die Grünen neue Bevölkerungsschichten ansprechen, die sie kurzfristig für unerreichbar halten, so brauchen sie eine langfristige Perspektive und Strategie, die über bestehende „Schrebergärten“ hinausweist.

## 1.2 Was meint der Regionen - Report mit „Region“?

### Regionen sind...

Regionen sind offene räumliche Gefüge – *irgendwo* angesiedelt zwischen Gemeindeebene und Landesebene. Sie sind durch Beziehungen und Verflechtungen und durch bestimmende Merkmale charakterisiert: als „ländliche“, „touristische“ oder „industrielle“ Regionen, als reiche „Stadt – Umland“-Gebiete und „Speckgürtel“ oder als „arme, periphere“ Regionen. Regionen sind Lebensräume und sie sind zunehmendes Potenzial und Handlungsebene für regionalpolitische Planungs- und Entwicklungsnetzwerke.

### Region als Lebensraum

Regionen sind zum Lebensraum der Mehrheit der Bevölkerung geworden (manche, hochmobile Gruppen leben sogar in mehreren Regionen und Städten). Denn wir leben, arbeiten, konsumieren nicht mehr nur in einer Gemeinde, sondern zunehmend „regional“. Unser Mobilitätsverhalten und unsere Beziehungen beruhen auf der zunehmenden räumlichen Trennung von Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Sozialkontakten und der Ausweitung unserer sozialräumlichen Beziehungen.

### Die regionale Ebene als Potenzial für Planung und Entwicklung

Aufgrund der zunehmenden Verflechtungen zwischen Gemeinden und aufgrund gemeinsamer Herausforderungen entsteht ein Koordinations- und Kooperationsbedarf auf regionaler (überörtlicher) Ebene, der über Verwaltungs- und Finanzierungsaufgaben (Schulsprengel, Wasserwirtschaft) hinausgeht. Er äußert sich im Bedarf an überörtlicher Raum- und Entwicklungsplanung. Mit interkommunalen Kooperationen und regionalen Entwicklungsnetzwerken schließen sich Gemeinden, Verbände und Unternehmen zum Beispiel zu „Tourismusdestinationen“ zusammen oder errichten gemeinsame Gewerbe-, Technologie- und Innovationszentren. Für Stadt-Regionen (Kernstädte und

Umlandgemeinden) wird aufgrund gemeinsamer Herausforderungen und Verflechtungen eine gemeinsame Planung und Standortpolitik unabdingbar. Nicht zuletzt „zwingt“ die EU-Regionalpolitik Gemeinden, andere Gebietskörperschaften und Interessensverbände durch die Definition von „Förderregionen“ (Leader+, Ziel 1,2) zu gemeinsamem Handeln auf regionaler Ebene.

### **Die Gesellschaft als Vielfalt von Raumtypen/Regionen**

Die räumliche Dimension der Gesellschaft bedeutet, dass diese in unterschiedliche Regionen bzw. „Raumtypen“ zerfällt. Die Definition von Raumtypen hängt jeweils von besonderen, homogenisierenden Merkmalen ab: Regionen sind touristisch, agrarisch, städtisch oder industriell geprägt. Sie können Sprachregionen oder Planungs- und Förderregionen sein – je nachdem, was als bestimmendes Merkmal charakterisiert wird. Raumtypen können sich verändern, wie sich in den letzten Jahrzehnten Raum- und Wirtschaftsstrukturen und somit auch Regionen verändert haben.

### **Regionen sind offene räumliche Systeme**

Regionen sind keine geschlossenen Welten und keine unveränderlichen territorialen Gebilde, wie sie einem eindimensionalen und homogenisierenden Identitätsdenken nationalistischer oder volkstümelnder Provenienz entsprechen, sondern sie müssen als offene räumliche Systeme und als funktional verflochtene „Interaktionsgefüge“ verstanden werden.

### **Gibt es den „ländlichen Raum“ noch?**

In Untersuchungen über den ländlichen Raum in Europa werden als zentrale Unterscheidungsmerkmale der Anteil der in kleineren Gemeinden lebenden Bevölkerung sowie die geringere regionale Bevölkerungsdichte angewendet. Daraus ergibt sich, dass Österreich mit seinem mehrheitlich dem Berggebiet zuzurechnenden Raum gemeinsam mit skandinavischen Ländern ein im Durchschnitt „ländlich strukturiertes“ Land ist – im Unterschied zu den Benelux-

Ländern oder zu England.<sup>2</sup> Über die Bevölkerungsdichte hinaus gelten für periphere und strukturschwache ländliche Regionen die folgenden zentralen Merkmale: Der vergleichsweise höhere agrarische Anteil sowie Faktoren der Benachteiligung wie niedrigere Wirtschaftskraft, weniger Arbeitsplätze und höhere Arbeitslosenquote. Denn der landwirtschaftliche Sektor ist inzwischen kein Arbeitsplatzfaktor mehr. Ca. zwei Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe sind Nebenerwerbsbetriebe. Gleichzeitig ist der Ländliche Raum zunehmend Ort für Zweitwohnungen: Ende der 90er Jahre verfügte jeder fünfte Wiener Haushalt über eine Zweitwohnung am Land.<sup>3</sup>

## Viele Phänomene haben regionale Auswirkungen

Regionale Entwicklungschancen und Lebensbedingungen werden von allgemeinen Entwicklungen mitbestimmt:

- Dazu zählen neben der Liberalisierung und Internationalisierung der Wirtschaft auch die Flexibilisierung der Arbeit. Dabei führt die Mobilität des Kapitals dazu, dass qualitative Standortmerkmale, d.h. das Potenzial an qualifizierten Arbeitskräften oder die Infrastruktur, aber auch die Attraktivität und Lebensqualität einer Region an Bedeutung gewinnen. Es ist eine Entwicklung, die die Chancen von manchen Standorten erhöht, aber auch dazu führt, dass die ohnehin schwache soziale und ökonomische Position bestimmter Bevölkerungsgruppen sich weiter verschlechtert.
- Dazu zählen der Abbau physischer und räumlicher Barrieren – nicht zuletzt durch die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie. Eine oft unbemerkte, aber bedeutsame Entwicklung in der Folge von Technologie- und Mobilitätsentwicklung und sozialem Wandel bildet der Abbau von räumlichen und sozialen Fixierungen, d.h. die Abnahme traditioneller Bindungen an einen Standort oder Lebensraum; ein Prozess der gleichzeitig durch die zunehmende Identifikation mit Umwelten und Räumen „kompensiert“ wird.
- Ein gerade in Österreich wichtiger Faktor besteht in der generell wachsenden Bedeutung der Freizeit- und Tourismuswirtschaft.
- Der wirtschaftlich-technologische Strukturwandel unserer Zeit mündet im Paradigma der „Informations- und Wissensgesellschaft“: Denn Information, Wissen und Humankapital werden zu entscheidenden Faktoren für Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Wirtschafts-, Standort- oder Regionalpolitik sind daher gefordert, förderliche Rahmenbedingungen für Wissensproduktion, Innovation und Lernen sowie für die Entwicklung innovativer und kreativer Milieus zu schaffen.

Eine Reihe von strukturellen Merkmalen und von Veränderungen hat unterschiedliche Auswirkungen auf unterschiedliche Regionen. Dazu eine kursorische Auflistung:<sup>4</sup>

- Österreich ist zu **zwei Drittel Alpines Gebiet** mit besonderen topographischen und strukturellen Rahmenbedingungen, geprägt von Kleinräumigkeit, Kleinstrukturiertheit und ökologisch sensibler Lage. Die Rationalisierungs- und Wachstumsdynamik setzt gerade kleinräumige und kleinstrukturierte Systeme unter besonderen Druck.
- **Entleerung & Ballung**: Sowohl die bisherige als auch die prognostizierte demographische Entwicklung sind durch eine Bevölkerungsabnahme in peripheren und strukturschwachen Regionen und einer Bevölkerungszunahme in Ballungsräumen und standortgünstigen Regionen, im Besonderen in den Umlandgemeinden von Städten, charakterisiert.
- Sowohl die **Anzahl an PendlerInnen** als auch die **Pendeldistanzen** nehmen zu. Dies hat auch damit zu tun, dass in Österreich – im Gegensatz zu manchen anderen europäischen Staaten – aufgrund der verhältnismäßig bewältigbaren Distanzen, weniger Abwanderung aus ländlichen Regionen erfolgt. Die Bindung an den Wohnort ist hoch, verbunden mit wöchentlichem oder täglichem Auspendeln an den Arbeitsplatz.
- Der **Flächenbedarf** für alle Nutzungen – Wirtschaft, Freizeit, Wohnen, Verkehrsinfrastruktur – **nimmt zu**. Gleichzeitig nimmt der verfügbare Siedlungsraum ab (In Österreich beträgt der Dauersiedlungsraum 39% der gesamten Staatsfläche, in Tirol nur 13% der Landesfläche). Wachsenden Wohnflächenbedarf gibt es trotz stagnierender bzw. abnehmender Bevölkerung: aufgrund der Zunahme an Haushalten, der wachsenden Haushaltsfläche pro BewohnerIn und des Trends zu Zweitwohnungen.
- Der **Rückgang der Industriearbeitsplätze erfolgt regional unterschiedlich**. Traditionelle Industriearbeitsplätze gehen aus Lohnkostengründen verloren; Arbeitsplätze in neueren Sektoren entstehen überwiegend in den Ballungsräumen mit dementsprechendem Potenzial an Qualifizierten und geeigneten Standortbedingungen.

- Die Zahl der **Arbeitsplätze in der Landwirtschaft** nimmt laufend ab. Die Zahl an Landwirtschaftsbetrieben sinkt, im Besonderen im Bereich der Nebenerwerbsbetriebe, die derzeit mehr als die Hälfte aller Landwirtschaftsbetriebe in Österreich ausmachen.
- In der Versorgung dominiert ebenso ein Trend zu **Großformen** (Einkaufszentren, Fachmärkte) wie im Bereich der Freizeit- und Tourismusindustrie (Erlebniszentren, Freizeitanlagen usw.).
- Das **Verkehrsaufkommen wächst** mit der funktions-räumlichen Trennung und Standortspezialisierung.
- Funktionsräumliche Trennungen und siedlungsstrukturelle Spezialisierung begünstigen die **Entwicklung von Monostrukturen**: Tourismuszonen, Schlafgemeinden, Einkaufszonen udgl..
- Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wird durch den **Investitionsvorsprung des Individualverkehrs** benachteiligt.
- Der **Tourismus frisst seine Ressourcen auf**: Der wachsende Flächen- und Ressourcenverbrauch sowie der Erschließungsdruck in noch unberührte Gebiete gefährden das wichtigste Kapital des Tourismus: Landschaft und Natur.

## Politik mit dem Raum

### S

Politik hat immer beabsichtigte oder unbeabsichtigte räumliche Wirkungen: direkt als (raumbezogene) territorial orientierte Politik oder indirekt, als (sachbezogene) sektorale Politik.

### Raumbezogene und raumwirksame sektorale Politik

Raumbezogene politische Ziele und Strategien richten sich auf den Abbau von räumlichen Ungleichheiten (z.B. Versorgung mit öffentlicher Infrastruktur) oder um räumliche Entwicklung bezogen auf bestimmte territoriale Einheiten (definierte Räume wie Fördergebiete oder Bezirke, Länder und Staaten). Sektorale Politik zielt auf die Entwicklung und Veränderung bestimmter Sektoren, die indirekt mit Folgen auf räumliche Strukturen und Lebensräume verbunden sind. Dazu zählt im Besonderen die Agrarpolitik, die wesentlichen Einfluss auf die räumlichen Strukturen des ländlichen Raumes nimmt. Dazu zählt auch die Wirtschafts-, Standort-, Infrastruktur- und Verkehrspolitik mit Auswirkungen auf die Chancen und auf die Lebensqualität von Regionen.

Dabei müssen verschiedene Ebenen sowie eine Vielzahl an Akteuren und Instrumentarien von Politik „mit dem Raum“ unterschieden werden:<sup>5</sup>

### Gemeinden

Gemeinden sind – unter Vorgabe von Landesraumordnungsgesetzen und Raumentwicklungskonzepten – für Raumordnung und Flächenwidmung (inklusive aktiver Instrumente wie Baulandsicherung oder Vertragsraumordnung) – und für die Bereitstellung kommunaler und sozialer Infrastruktur (Kinderbetreuung, Altenbetreuung usw.) (mit)verantwortlich.

Siehe dazu:

Andreas Novy, Joachim Becker, Johannes Jäger: Thesenpapier zu Raum/Umwelt-Raum, erstellt im Auftrag der Grünen

## **Länderkompetenzen**

In Kompetenz der Länder liegt sowohl die Raumordnung – mit sehr reichweitenden Folgewirkungen – als auch die Gestaltung von Einrichtungen und Strukturen für Energie- und Infrastrukturversorgung wie für Standortentwicklung (Technologie- und Innovationsgesellschaften) sowie die Mitverantwortung an Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen.

## **Bundekompetenzen**

Auf Bundesebene ist eine Reihe von sektoralen Bereichen angesiedelt, die jedoch regionale Entwicklung mitbestimmen, zum Beispiel Arbeitsrecht, Wirtschaftsförderung, Umweltförderungen, öffentliche Infrastrukturen (Schulen, Universitäten), auch diverse Materien wie Wasserrecht oder Forstrecht. Bundeseinrichtungen – wie zum Beispiel die Bundesforste – sind jedoch aufgrund von Auslagerung und Privatisierung nicht mehr direkt mit öffentlichen ökologischen und sozialen Zielsetzungen verbunden. Wichtig ist auch zu erwähnen, dass es auf Bundesebene keine hoheitliche Kompetenz für die Raumordnung gibt. Die Österreichische Raumordnungskonferenz, als freiwillige Kooperation der Gebietskörperschaften – hat nur koordinierende und beratende Funktion (z.B. gibt es für das Österreichische Raumentwicklungskonzept keine bundesweite Umsetzungscompetenz – die ist Ländersache).

## **Die Ebene der Europäischen Union**

Einen wesentlichen Einfluss üben Ziele, Strategien und Instrumente der Europäischen Union aus, die die Raumentwicklungs- und Regionalentwicklungspolitik und teilweise auch sektorale Politiken (Agrarpolitik) mitbestimmen:

- Rechtliche Regulierungen beeinflussen die räumlichen Handlungsmöglichkeiten von Unternehmen und BürgerInnen: der freie Binnenmarkt, das Verbot räumlicher Bevorzugung, die Verpflichtung zur Sicherung räumli-

- cher Ressourcen oder das Umweltrecht.
- Die Struktur- und Kohäsionsfonds (Zuschüsse) dienen den Zielen des regionalen Ausgleichs und der Strukturverbesserung (Ziele 1: Förderung von Regionen mit Entwicklungsrückstand, Ziel 2: Unterstützung der regionalen Strukturanpassung bzw. raumorientierte Gemeinschaftsaktionen wie Leader+, Interreg III oder Urban II).
  - Eine besondere Rolle spielt die Agrarpolitik (Strukturanpassungen, Ökologisierung). Die vorwiegend sektoral orientierte Agrarpolitik wird durch die Reform der Agenda 2000 in eine integrierte Strategie für ländliche Entwicklung weiterentwickelt. Mit dem Programm „ELER“ wurde ein neuer Ansatz für den Zeitraum 2007 bis 2013 vorgelegt.
  - Von Raumrelevanz sind natürlich auch EU-Programme für Umwelt, Verkehr, Forschung und Entwicklung.
  - Förderprogramme und Mittel für Umwelt und Verkehr sowie für Forschung mit Raumrelevanz: Umweltaktionsprogramme (TEN: Transeuropäische Verkehrsnetze; Natura 2000-Schutzgebiete mit verbindlicher räumlicher Festlegung im Umweltbereich, Umweltaktionsprogramme). Darüber hinaus beeinflussen Programme und Leitbilder ohne Rechtskompetenz wie zum Beispiel das Europäische Raumentwicklungskonzept die Raumordnung der Mitgliedsländer der Europäischen Union.

### **Weitere Internationale Verträge und Vereinbarungen**

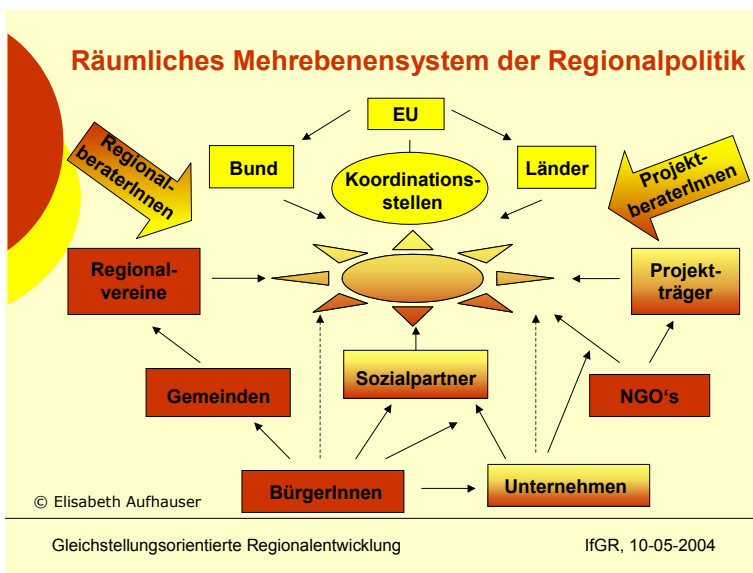
Abgesehen von Zielen und Strategien der Europäischen Union ist die Alpenkonvention als ein für viele österreichische Regionen relevantes und rechtsverbindliches Schutzprogramm zu nennen. Eine besondere Rolle bildet die Übereinkunft für die Lokale Agenda 21, die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene.<sup>6</sup>

### **Die zunehmende Bedeutung horizontale Kooperationen**

Horizontale Kooperationen zwischen Gebietskörperschaften erhalten zunehmende Bedeutung. Einerseits zählen

dazu sowohl Zusammenschlüsse von Gemeinden zu Regional- und Gemeindeverbänden als auch überregionale und transnationale Zusammenschlüsse (ARGE Alpen, Nationalparke, Planungsgemeinschaft Ost) vor allem für die Bewältigung gemeinsamer Planungs- und Entwicklungsfragen.

Besonders seit dem EU-Beitritt wird Kooperation auf regionaler Ebene für Wirtschafts- und Standortentwicklung forciert. Die Teilnahme an Förderprogrammen „zwingt“ zu mehr Kooperation. Die Umsetzung der EU-Regionalpolitik erfordert dementsprechende Organisationen und Strukturen. Dafür wurden in Österreich Regionalmanagement-Stellen als Schnittstellen zwischen den Gebietskörperschaften, Betrieben und Interessensvertretungen eingerichtet, getragen von regionalen Entwicklungsorganisationen mit unterschiedlichen Eigentümer- und Organisationsstrukturen. Eine besondere Spielart bilden so genannte „Euregios“ zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wie zum Beispiel im Raum Salzburg/Bayern.



Räumliches Mehrebenensystem der Regionalpolitik nach Elisabeth Aufhauser, Institut für Geographie, Universität Wien

## Eine Typologie regionaler Herausforderungen

Der Versuch einer „Verortung“ der oben genannten allgemeinen Phänomene mit räumlichen bzw. regionalen Auswirkungen ergibt folgende „Typologie“:

### Periphere und strukturschwache Regionen

Dazu zählen sowohl Berggebiete und agrarisch geprägte periphere Gebiete in Grenzregionen (Osten und Südosten Österreichs) als auch Regionen mit rückläufiger und krisenhafter Industrie (Obersteiermark). Zu ihren zentralen Merkmalen zählen: eine unterdurchschnittliche regionale Wirtschaftskraft, Verlust an Arbeitsplätzen, eine hohe Pendlerquote, Abwanderung junger und qualifizierter Menschen, Probleme mit Nahversorgung und öffentlicher Infrastruktur, von welchen im besonderen weniger mobile und sozial schwache Bevölkerungsgruppen betroffen sind sowie Finanzierungsprobleme der Gemeinden.

### Gemeinden an Transitkorridoren

Dies betrifft vorrangig alpine Täler mit Autobahnen (Inntal, Salzburg, Phyrnstrecke) sowie Transitstrecken an den Hauptachsen zwischen Ballungsräumen sowie zukünftig zu erwartende Transitkorridore in Ostösterreich. Zu ihren zentralen Merkmalen zählen enorme Verkehrsbelastung und Gesundheitsgefährdung sowie Verlust an Attraktivität und Naherholungsräumen.

### Regionen mit Intensivtourismus und Erschließungsdruck in die noch unberührte Nachbarschaft

Dies betrifft im Besonderen Täler in den Bundesländern Tirol, Salzburg und Kärnten mit geringem Anteil an verfügbarem Dauersiedlungsraum an der Gesamtfläche und den höchsten Tourismusraten Österreichs. Zu ihren zentralen Merkmalen zählen übermäßiger Flächen- und Ressourcenverbrauch, Verkehrsbelastung, wirtschaftliche Monostrukturen und Überkapazitäten sowie ein Erschließungsdruck in noch unberührte Landschaften.

#### Beispiele

- Murtal
- Oberes Waldviertel
- Oberkärnten
- Südliches Burgenland

#### Beispiele:

- Zederhaus/Tauernautobahn
- Wipptal/Brenner

#### Beispiele

- Ötztal, Tirol
- Gasteinertal, Saalbach-Hinterglemm, Salzburg

### **Stadt-Umland-Gebiete**

Dies betrifft alle aller größeren Städte und teilweise auch Bezirkszentren mit einem verstärkten Bevölkerungszuzug sowie einer besonderen wirtschaftlichen Dynamik. Zu den zentralen Merkmalen zählen Verkehrsbelastung, Flächen- und Ressourcenverbrauch, Zersiedelung mit hohen Infrastrukturbelastung der Kommunen, Gefährdung von Grün- und Freiflächen, Großformen für Versorgung an Knotenpunkten und Verkehrskorridoren sowie ein Standortwettbewerb zwischen den Gemeinden.

### **Innerstädtische Peripherien**

Dies betrifft Stadtteile, die zwischen die „Fronten“ von Zentrum und Stadt-Umland geraten sind. Zu den zentralen Merkmalen zählen die Entwertung von Stadtteilen vor allem im Hinblick auf Wohnbestand, Versorgungsinfrastruktur und Lebensqualität sowie eine enorme Verkehrsbelastung durch die Verwandlung von Hauptachsen in Transitkorridore.

#### **Beispiele:**

- Wals-Siezenheim, Eugendorf (Salzburg)
- Traun, Pasching (Linz)
- Wien - Süd

#### **Beispiele:**

- Salzburg: die Stadtteile Lehen, Itzling, Schallmoos
- Wien: Gürtel

## 2.1 Rahmenbedingungen für Gemeinden und Regionen mit Zukunft

Viele der in den nachfolgenden Brennpunkten versammelten Perspektiven hängen in ihren Umsetzungsmöglichkeiten von nationalen bzw. internationalen Rahmenbedingungen ab.

### **Steuergerechtigkeit schafft politische Gestaltungsspielräume**

Mehr Steuergerechtigkeit schafft budgetäre Spielräume für politische Gestaltung. Dazu gehört etwa die (höhere) Besteuerung von Kapitalerträgen und Finanztransfers. Eine relativ autonome Gestaltungskompetenz der Europäischen Union auf der Grundlage einer hohen binnenwirtschaftlichen Verflechtung bildet dafür die Grundlage.

### **Eine ökologische Steuerreform reduziert Verkehr und fördert regionale Wirtschaft**

Eine Ökologisierung des Steuersystems belastet Energieverbrauch und entlastet den Faktor Arbeit. Sie unterstützt regionale Wirtschaftskreisläufe und reduziert den Verkehr. Unternehmen schaffen Arbeitsplätze in den Regionen.

### **Finanzausgleich zur Stärkung von Gemeinden und Städten**

Eine Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden und Städte bildet die Basis für eine angemessene Erfüllung ihrer Aufgaben. Eine Umverteilung der Mittel (Verteilungsschlüssel) soll jedoch nicht undifferenziert, sondern „aufgabenorientiert“ erfolgen (bei der Zuteilung von Mitteln aus dem Finanzausgleich wird zum Beispiel zwischen Basis- und zentralörtlichen Aufgaben unterschieden).

### **Bildung und Informations- & Kommunikationstechnologie als Chance für Regionen**

Die Regionalisierung von Bildungsangeboten unter optimaler Nutzung der Informations- und Kommunikations-

Siehe dazu:

Die Grüne Steuerreform. Eckpunkte und Ziele; Download unter: [www.Gruene.at/Grüne Programme](http://www.Gruene.at/Grüne_Programme)

technologie bildet einen Schlüssel für Regionalentwicklung in der Wissensgesellschaft. Die Regionalisierung von Angeboten der postsekundären Bildung (Fachhochschulen, Universitäre Angebote) – zum Beispiel in Form von flexiblen und vielfältigen Kompetenzzentren – fördert Qualifizierung und regionale Wertschöpfung. Regionale „Technologie- und Innovationszentren“ unterstützen Neugründungen sowie die Weiterentwicklung regionaler Unternehmen.

### **Der „Dritte Sektor“: Potenzial für soziale Integration und gemeinnützige Leistungen**

Als „Dritter Sektor“ wird das Feld der nicht staatlichen und nicht marktwirtschaftlichen Organisationen und Gruppen bezeichnet, die im Bereich der sozialen Dienste, des Umweltschutzes, der Kultur sowie politischer Aktivitäten tätig sind. Sie erfüllen gemeinnützige Leistungen – auf der Basis ehrenamtlicher bis bezahlter Tätigkeit, von Eigenleistungen sowie privater und öffentlicher Finanzierung. Der Dritte Sektor stellt einen bisher unterschätzten Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor dar.<sup>7</sup> Angesichts des sozialen und demographischen Wandels – der älter werdenden Gesellschaft sowie der Auflösung traditioneller Solidar- und Familienstrukturen – sind Gemeinden auf neue soziale Netzwerke zur Organisation gemeinnütziger Leistungen angewiesen. Zukunftsorientierte Gemeindeentwicklung wird daher auch von der Entwicklung des Dritten Sektors abhängen.

### **Ein Umbau des Sozialstaates für zukunftsorientierte Sozial- und Gesundheitsversorgung**

Der Umbau des Sozialstaates erfordert bedarfsorientierte, wohnortnahe, flexible wie mobile Betreuungs- und Versorgungsangebote für Kinderbetreuung und für die Betreuung älterer Menschen sowie einen Wechsel zu mehr Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung sowie ambulanter und mobiler Gesundheitsversorgung. Generelle Neuorientierung, budgetpolitische Spielräume und Strukturformen schaffen die Grundlage dafür.

Siehe dazu eine Unterlage aus einem Workshop der Wiener Grünen: Ruth Simsa: Ökonomie zwischen und jenseits von Staat und Markt – Potenziale, Grenzen und Gestaltungsoptionen

siehe dazu:  
Gesundheitspolitische Leitlinien der Grünen; Download unter:  
[www.Gruene.at/Grüne Programme und Statuten](http://www.Gruene.at/Grüne_Programme_und_Statuten)

### **„Lokale Agenda 21“ für die Umsetzung des Prinzips der Nachhaltigkeit**

„Local Agenda 21“ als internationales Konzept zur lokalen Umsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips fördert zukunfts-fähige Gemeindepolitik und Bürgerbeteiligung. Dabei geht es auch um eine neues Konzept von Politik: Gemeinden und BürgerInnen schließen einen „Gesellschaftsvertrag“ zur Sicherung nachhaltiger Entwicklung. Bürgerbeteiligung ist die Grundlage für die Entwicklung und Umsetzung der Local Agenda 21-Strategie. Eine umfassende und konsequente Anwendung und Umsetzung dieser Strategie unterstützt die langfristige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Ein Wirtschaftssystem, das sich an lokale Gegebenheiten anpasst und langfristige Lebensqualität sichert sowie für sozialen Zusammenhalt von Gemeinwesen sorgt, garantiert den Erhalt der Ressourcen für die nachfolgenden Generationen.<sup>8</sup> Mit dem Konzept der Mitbestimmung und Mitbeteiligung werden die Bürgerinnen und Bürger ermutigt, selbst für sich und ihre Umwelt Verantwortung zu übernehmen.

siehe dazu diverse Websites:

- [www.boell.de](http://www.boell.de) (Heinrich-Böll-Stiftung)
- [www.Lebensraummitzukunft.at](http://www.Lebensraummitzukunft.at)

## 2.2 Flexible Vielfalt

**Wie kann eine vielfältige und flexible Wirtschaft, die Arbeitsplätze und Versorgungsmöglichkeiten in Regionen und Gemeinden sichert, zukunftsweisend entwickelt und gestaltet werden?**

### Entwicklungen, Trends, Befunde

#### Die Kluft wird größer

Wirtschaftlicher Strukturwandel sowie Verkehrs- und Technologieentwicklung führen dazu, dass Gemeinden und Regionen außerhalb dynamischer Ballungsräume und Hochleistungskorridore Arbeitsplätze und Versorgungsmöglichkeiten verlieren. Dieser Wandel findet seinen sichtbaren Ausdruck in der Konzentration des Einzelhandels an immer weniger Standorten. Neue Arbeitsplätze und Branchen entstehen vorrangig in dynamischen Ballungsgebieten mit entsprechenden Standortbedingungen. Periphere und ökonomisch schwache Regionen verlieren seit Jahrzehnten Bevölkerung und Arbeitsplätze an Zentralräume.<sup>9</sup> Abgesehen von der permanent abnehmenden Zahl der Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft sowie einem Rückgang der Industrieproduktion führen Produktivitätssteigerung, Rationalisierung, Unternehmenskonzentration bzw. Standortverlagerung zum Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie und in großen Dienstleistungsunternehmen. Verbleibende und neue Arbeitsplätze konzentrieren sich auf die Zentren. Die Kluft zwischen dynamischen Ballungsgebieten einerseits und ökonomisch schwächeren Regionen andererseits wird größer.<sup>10</sup> Dieser Trend spiegelt sich in der Zunahme des Erwerbsspendelns sowie in den Wanderungsbewegungen wieder.

#### Hochrangige Verkehrsinfrastruktur als Trendverstärker

Der Ausbau hochrangiger Verkehrsinfrastruktur verstärkt und unterstützt die Konzentration von Produktion und Dienstleistungen und bevorzugt Ballungsräume. Der Anschluss von Regionen an hochrangige Verkehrsnetze (Autobahn) bewirkt keinen Entwicklungsschub für die Regio-

Seit dem Autobahnausbau hat sich die Kluft zwischen dem Salzburger Lungau und dem Salzburger Zentralraum vergrößert. Die veränderte Erreichbarkeit im Raum Niederösterreich führt zu einer Verdichtung im Wiener Umfeld: Zunahme an Bevölkerung, Auspendeln, Konzentration an Produktion und Dienstleistungen, die gleichzeitig zu einem Kaufkraftabfluss aus ländlichen Regionen wie auch aus der Stadt Wien führen.

*VCÖ (Hg.): Wirtschaftsfaktor Verkehrsinfrastruktur – Chance und Risiko für Regionen, Wissenschaft und Verkehr 4/2003, Seite 12*

nen, sondern im Gegenteil: Er wertet Zentralräume auf. Diese gewinnen an Bevölkerung und Wirtschaftskraft. Sie ziehen Kaufkraft, Arbeitskraft und Investitionskapital aus umliegenden ländlichen Regionen ab. Gewinner dieses Prozesses sind jedoch nicht die Kernstädte, sondern vor allem die dynamischen und wachsenden Stadt – Umland-Gebiete.

### **Konzentration der Versorgung auf wenige Standorte**

Der Strukturwandel im Handel führt zur Konzentration von immer weniger Standorten in verkehrsgünstiger Lage. Dieser Prozess führt letztlich zum Kaufkraftabfluss aus Regionen und zum Rückgang der flächigen Versorgungsstruktur. „Einzelhandelsgeschäfte und kleine Filialbetriebe größerer Unternehmen werden aus der Fläche zurückgezogen und an zentralen Standorten konzentriert, bei gleichzeitiger Vergrößerung der durchschnittlichen Verkaufsflächen. Damit werden nicht nur die betrieblichen Transportkosten auf die privaten Haushalte verteilt, sondern es werden auch jene benachteiligt, die am motorisierten Individualverkehr aus finanziellen oder sonstigen Gründen nicht partizipieren können. Die soziale Qualität der ländlichen Regionen ist dort in Gefahr, wo diese Entwicklung zu einer infrastrukturellen Verödung führt.“<sup>11</sup>

### **Arbeit schaffende Unternehmen werden benachteiligt**

In der Entwicklung der Wirtschaftsstruktur drückt sich ein Trend deutlich aus: Nicht internationale Industriebetriebe, große Dienstleistungsunternehmen oder der staatliche Sektor sichern Arbeitsplätze, sondern der Sektor der Klein- und Mittelbetriebe und der Selbständigen.<sup>12</sup> Eine staatliche Wirtschafts-, Steuer- und Förderungspolitik, die vorrangig auf große exportorientierte Unternehmen ausgerichtet ist, geht an der Realität der österreichischen Unternehmenslandschaft vorbei: Denn diese ist vor allem durch Kleinstrukturiertheit geprägt und entspricht nicht dem traditionell vermittelten Bild. Über 80% der österreichischen Unternehmen haben zwischen ein und neun MitarbeiterInnen, 52% überhaupt nur ein bis drei. Nur 10% der österreichischen Unternehmen sind überhaupt im Ex-

Siehe dazu auch:

Ingrid Machold & Oliver Tamme:  
Versorgung gefährdet? Soziale und wirtschaftliche Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum. Hg. von der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien, 2005

Einige Zahlen zum Lebensmitteleinzelhandel: Laut Salzburger Wirtschaftskammer (ORF Salzburg 25. 11. 2004) gibt es in Salzburg aktuell 1 Mio m<sup>2</sup> Verkaufsfläche. Das sind um 300.000 m<sup>2</sup> mehr als vor 10 Jahren.

Laut dem Institut Regioplan (Jahr 2000) gibt es in Österreich in 320 Gemeinden (270.000 EinwohnerInnen) keine Nahversorgung mehr. Davon sind allein in der Steiermark 145 Gemeinden betroffen. Auch Kärnten, Steiermark, Osttirol und das südliche Burgenland zählen zu den VerliererInnen der letzten Jahre.

Laut Angaben des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger aus dem Jahr 2002 machen die kleinstrukturiertheit der österreichischen Unternehmenslandschaft deutlich: 83,6% der österreichischen Unternehmen haben zwischen 1 – 9 Mitarbeiter, jedes zweite Unternehmen hat lediglich 1 – 3 MitarbeiterInnen; 13,3% haben 10 – 49 MitarbeiterInnen, 2,7% zwischen 50 – 299, nur 0,4 % haben 300 und mehr MitarbeiterInnen.

*Nach Angaben von Christine Bauer-Jelinek bei einem Gesprächsform zum Grünen Regionen-Konzept*

port tätig.<sup>13</sup> Österreichische Unternehmen sind somit vorrangig Klein- und Mikrobetriebe und versorgen regionale Märkte. Gerade diese bilden jenen Sektor, der am stärksten wächst – mit neuen Berufen und neuen Branchen (zum Beispiel in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie, Kreativwirtschaft, personenbezogene oder soziale Dienstleistungen). Teilweise ist dieser Sektor von prekären Bedingungen geprägt.<sup>14</sup> Das Besondere an Klein- und Mikrobetrieben ist, dass sie arbeitsintensiver sind. Für Mikrobetriebe geht es um existenzfähige UnternehmerInneneinkommen. Allerdings wird gerade dieser Sektor steuerlich am stärksten belastet: mit einem Steuersystem, das Arbeitskraft hoch besteuert, dagegen Kapitalbesitz, Vermögen, Spekulationsgewinne oder Energieverschwendung niedrig bis gar nicht (z.B. durch eine Senkung der Körperschaftssteuer auf 25%) besteuert. Gerade Mikrobetriebe sind Vorurteilen und Benachteiligungen ausgesetzt: Sie gelten als zu klein und als nicht überlebensfähig. Und sie werden von ihrer Interessensvertretung (Wirtschaftskammer) am wenigsten vertreten, obwohl diese einen erheblichen und wachsenden Teil ihrer Mitglieder ausmachen.

Für die Grüne Wirtschaft besteht die Bruch- und Konfliktlinie nicht mehr im klassischen, sozialpartnerschaftlichen Gegensatz, sondern in neuen Bruchlinien: groß versus klein, reich versus arm, investives versus spekulatives Kapital.

*Vgl. dazu Grüne Wirtschaftsblatt Nr. 04/2004*

Siehe dazu auch:  
[www.grünewirtschaft.at](http://www.grünewirtschaft.at)

## Alternativen

### Netzwerk- und Regionenorientierte Verkehrsinfrastruktur und Modernisierung der Regionalbahnen

In einer Wirtschaft, deren zentrale Faktoren Information und Wissen darstellen, bildet die Verkehrsinfrastruktur keinen entscheidenden Standortfaktor mehr. Erfahrungen innerhalb der Europäischen Union zeigen, dass es keinen Zusammenhang mehr zwischen Wirtschaftsleistung und „Transportintensität“ gibt, da die wirtschaftlich erfolgreichsten EU-Staaten (Dänemark, Irland, Luxemburg) die niedrigste Transportintensität aufweisen. In den entwickelten Industriestaaten, insbesondere auch in Österreich, ist die Verkehrsinfrastruktur insgesamt bereits so weit ausgebaut, dass Unterschiede zwischen den Staaten keinen messbaren Einfluss mehr auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. Ziel einer zukunftsweisenden Verkehrsinfrastrukturpolitik kann nicht die Forcierung hochrangiger Strassen sowie die Beschränkung auf wenige Bahnkorridore sein. Die Zukunft liegt in der Optimierung regionaler Verkehrsnetze. Eine kooperative Infrastrukturpolitik sorgt für intelligente Standorte: Interkommunale Kooperationsprojekte schaffen Gewerbegebiete mit Bahnanschluss. Statt Regionalbahnen einzustellen, werden diese modernisiert (denn: Einstellungen bewirken kaum Spareffekte, aber mit neuen Konzepten kann etwas bewirkt werden).

### Umlenken für Nahversorgung

Ein Umlenken für Nahversorgung ist möglich. Allerdings erfordert dies ein Bündel an ordnungspolitischen und steuernden Maßnahmen sowie an lokalen wie überregionalen Rahmenbedingungen.

Dazu zählen im wesentlichen: <sup>15</sup>

- Eine nachhaltige Siedlungsentwicklung: Kompakte Siedlungen mit ÖPNV-Anschluss reduzieren nicht nur den motorisierten Individualverkehr (MIV), sie erleichtern auch die Schaffung von Nahversorgungsangeboten.
- Interkommunale Kooperation bei Standortentwicklung

Beispiel:

Die 1988 eingestellte Vinschgau-bahn in Südtirol (Meran – Mals) wird aus regional- und verkehrspolitischen Überlegungen im Mai 2005 wieder eröffnet und befördert täglich eine mitunter vierstellige Zahl von Fahrgästen

In immer mehr Arbeiten, zuletzt in der Schweizer Studie „Wirkungsketten Verkehr – Wirtschaft“, warnen ForscherInnen vor einer pauschalen Gleichsetzung, eine bessere Verkehrserschließung bringe einen regionalwirtschaftlichen Entwicklungsimpuls

und Raumordnung erleichtert auch eine gezielte und koordinierte Planung von Versorgungseinrichtungen (z.B. auch durch Parteienstellung von Nachbargemeinden und Abstimmungsgebot bei Großbauvorhaben).

- Kommunalabgaben von großen Handelsbetrieben kommen nicht nur der Standortgemeinde, sondern auch einem überregionalen Nahversorgungsfonds zugute (als eine Form des interkommunalen Finanzausgleichs).
- Einkaufszentren zahlen eine Flächenverbrauchs- und Verkehrserregerabgabe nach dem Verursacher- und Kostenwahrheitsprinzip an das Land (nicht an die betroffene Gemeinde) und stellen damit Mittel für Nahversorgungsförderung zur Verfügung.
- Konsequente raumordnungspolitische Maßnahmen regeln die Errichtungsbedingungen (Obergrenzen, Bedarf) für Einkaufszentren.
- Neue, innovative Vermarktungsprojekte und Organisationsmodelle sichern Nahversorgung auch in kleineren Gemeinden.

### **Förderung von Arbeit schaffenden Klein- und Mikrounternehmen**

Die Sicherung von Arbeitsplätzen und Versorgungsmöglichkeiten in Regionen und Gemeinden bedarf einer Politik, die Arbeit schaffende Klein- und Mikrobetriebe mit entsprechenden Rahmenbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten unterstützt.<sup>16</sup> Dafür werden folgende Maßnahmen als zukunftsweisend erachtet:<sup>17</sup>

- Durch steuerliche Entlastung: eine Steuerreform verschiebt die steuerliche Belastung vom Faktor Arbeit auf Kapitaleinkommen, Vermögen, Spekulationsgewinne sowie auf Energieverschwendung (Prinzip der Abgabengerechtigkeit- und Steuergerechtigkeit bzw. aufkommensneutrale Ökologische Steuerreform). Darüber hinaus gibt es vor allem für Klein- und Mikrobetriebe steuerliche Vereinfachungen und gewerberechtliche Erleichterungen.
- Entwicklungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Klein- und Mikrounternehmen wird gezielt gefördert (Qualifi-

Siehe dazu:

Maßnahmenkatalog der Grünen  
Wirtschaft zur Nahversorgung in:  
Grünes Wirtschaftsblatt 4/2004

Die Grüne Wirtschaft nennt in ihrem Wirtschaftsprogramm eine Reihe von Bedingungen für die Entwicklung des Sektors von Klein- und Mikrobetrieben im Bereich der Steuer-, Förderungs- und Vertretungspolitik  
*Siehe Dazu: Das grüne Wirtschaftsprogramm 2005*

Siehe dazu auch die Initiativen von Christine Bauer-Jelinek im Bereich der Mikrobetriebe unter:  
[www.mikrobetriebe.at](http://www.mikrobetriebe.at)

zierung, Strategiekompetenz).

- Aufgrund höherer Risiken (Fehlen einer Arbeitslosenversicherung u.dgl.) für Mikrobetriebe dienen spezifische Versicherungsmodelle für Krisenfälle oder Notfallfonds für eine bessere soziale Absicherung.

### **Nachhaltige und eigenständige Regionalentwicklung**

Nachhaltige Entwicklung<sup>18</sup> betont regionale Stoff- und Wertschöpfungskreisläufe. In einer Region sollen nicht nur Rohstoffe erzeugt, diese Rohstoffe sollen auch zu Produkten weiter verarbeitet werden. Dies führt zur Reduktion von Transportwegen, zu einer Reduktion von Energie- und Ressourcenverbrauch und zur Erhöhung der regionalen Wertschöpfung. Im Bereich der Landwirtschaft und der Energieproduktion zeitigten diese Strategien bereits Erfolge.

Der Grundgedanke, in einer Region nicht nur Rohstoffe zu erzeugen, sondern sie auch dort weiter zu verarbeiten und zu veredeln ist identisch mit der Idee der „eigenständigen Regionalentwicklung“: Regionalentwicklung als Entwicklungsstrategie eines Netzwerkes regionaler Akteure gegenüber überregionaler sowie globaler Marktmacht wurde in den letzten beiden Jahrzehnten zu einem immer wichtiger werdenden Faktor in der Regional- und Wirtschaftspolitik. Wesentlich dabei ist der Perspektivenwechsel: Regionen sind nicht nur „Objekt“ von Politik (Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Infrastruktur-, Agrarpolitik), sondern auch „Subjekt“ der Regionalpolitik. Im Mittelpunkt eigenständiger Regionalentwicklung steht die kooperative Nutzung vorhandener Stärken, Ressourcen, Potenziale und Infrastruktur mittels neuer Organisationsformen und mittels Marktnischenorientierung (Spezialisierung, Qualitätsprodukte). Damit sollen Vielfalt, Flexibilität und Wertschöpfung in der Region gesichert werden.<sup>19</sup>

### **Standortsysteme und Netzwerke entwickeln**

Ergänzend und parallel dazu setzt sich ein „systemisches“ Verständnis einer regionalen Wirtschaftsentwicklung durch: Im Mittelpunkt stehen nicht einzelne Unternehmen,

siehe dazu diverse Websites:

- [www.boell.de](http://www.boell.de) (Heinrich-Böll-Stiftung)
- [www.Lebensraummitzukunft.at](http://www.Lebensraummitzukunft.at)

Der Verein „Murecker Schiffsmühle“ hat am Standort der alten Mühle die neue Murmühle nachgebaut. Sie kann pro Stunde 150 kg Getreide vermahlen. Um den biologischen Landbau zu fördern, wird ausschließlich biologisches Getreide verwendet. Der Mühlenhof, das Restaurant neben der Schiffsmühle gibt 10 Angestellten einen Arbeitsplatz. Die Weine und die Lebensmittel werden von den umliegenden Bauern bezogen. Dies erhöht die regionale Wertschöpfung.

Siehe: [www.schiffsmuehle.at](http://www.schiffsmuehle.at)

sondern die Entwicklung von regionalen Netzwerken und „Standortsystemen“ auf der Grundlage vorhandener regionaler Potenziale (Unternehmen, Qualifikationen, Infrastruktur).<sup>20</sup> Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen können nur große Unternehmen oder flexible Netzwerke von kleinen Unternehmen, eingebettet in ein förderliches Umfeld, sich durchsetzen. Bekanntester Ausdruck für diese Entwicklungsstrategie sind „Cluster“ oder im Bereich des Tourismus „Destinationsmanagement“, d.h. die gezielte Förderung regional verankerter wirtschaftlicher Stärkefelder. Clusterpolitik ist ein wichtiger und erfolgreicher Bestandteil der österreichischen Wirtschafts- und Regionalpolitik geworden. Inzwischen ist die Netzwerk- und Clusterphilosophie zum Leitbild, teilweise zur Mode geworden.<sup>21</sup>

Entscheidend ist jedoch einerseits: Finden überhaupt kreative Prozesse und „regionale Kommunikation“ (Vernetzung) statt, die zu innovativen Projekten und Neuerungen führen und Wettbewerbsfähigkeit verbessern? Andererseits: Wie können diese Prozesse angestoßen und unterstützt werden? Welche Strukturen (z.B. Regionalmanagement, Innovations- und Technologieeinrichtungen, Forschung & Entwicklung, Qualifizierung) braucht es, um regionale Kooperation anzuregen bzw. regionale Rahmenbedingungen zu stärken.

## 2.3 Öffentliches Rückgrat

Wie kann eine öffentliche Infrastruktur, die die Lebensqualität der Menschen sichert, zukünftig flächendeckend und bedarfsorientiert organisiert werden?

### Entwicklungen, Trends, Befunde

#### **Ist die Vermeidung räumlicher Ungleichheiten und Benachteiligungen noch ein politisches Ziel?**

Einerseits gilt die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen nach wie vor als offizielles politisches Ziel. Die Vermeidung von räumlichen Ungleichheiten und Benachteiligungen zählt zu den Leitvorstellungen des Österreichischen wie des Europäischen Raumentwicklungskonzept sowie der Kohäsionsziele der Europäischen Union. Andererseits verstärken die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Dynamiken räumliche und soziale Ungleichheiten.<sup>22</sup>

Für eine Politik, die sich an der Vermeidung räumlicher Ungleichheiten orientiert, bildet die Gestaltung der Öffentlichen Infrastruktur einen wesentlichen Faktor. Zur Öffentlichen Infrastruktur zählt im weitesten Sinne: kommunale Grundversorgung, behördliche Einrichtungen, Schulen, Gesundheits- und Sozialversorgung, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) sowie auch öffentlich finanzierte, aber privat organisierte gemeinnützige Dienste. Eine bedarfsorientierte und nahräumliche öffentliche Infrastruktur sichert die Lebensqualität der Menschen. Sie ermöglicht soziale Teilhabe und Integration.

Die Dichte und Qualität öffentlicher Infrastruktur ist aufgrund der Reduktion öffentlicher Budgets sowie der Folgewirkungen von Auslagerung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen gefährdet. Ihr Rückbau (Beispiel: Regionaler Personennahverkehr) trifft die weniger mobilen und sozialen schwächeren Bevölkerungsgruppen. Besonders betroffen davon sind strukturschwache und periphere Regionen. Die Hälfte aller von Armut Betroffenen und Armutsgefährdeten in Österreich lebt in ländlichen Regionen:<sup>23</sup> Es gibt mehr Arbeiter- und Bauernhaushalte als in

„Die räumlich ungleiche Verteilung der Ressourcen behindert die gesellschaftliche Integration, denn sie erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht an den gesellschaftlichen Ressourcen partizipieren können. Die räumliche Ungleichheit schränkt die Handlungsmöglichkeiten der Bevölkerung ein und erschwert oder verhindert die Aufnahme einer Erwerbsarbeit, den Bezug einer entsprechenden Wohnung, die Absolvierung einer höheren Schule oder die Partizipation am politischen Leben. Diese Einschränkung erfährt besonders die Bevölkerung in peripheren, dünn besiedelten und strukturschwachen Räumen ... Betroffen sind dabei jene gesellschaftlichen Gruppen, denen ökonomische Ressourcen fehlen, um räumliche Standortnachteile zu kompensieren, oder die aufgrund ihrer körperlichen oder sozialen Lage an der gesellschaftlichen Teilhabe behindert werden (ältere Menschen, Behinderte, Arbeitslose, Alleinerziehende, AusländerInnen). Die Pendeldistanzen zum nächsten Arbeitsplatz oder zu Einrichtungen der sozialen Infrastruktur sind zu lange, kosten im Vergleich zum Einkommen zu viel oder sind aus anderen Gründen nicht überwindbar.“  
ÖROK, 2002, Seite 72/73

Städten und im Durchschnitt auch mehr Kinder pro Familienhaushalt, verbunden mit einem höheren Armutsrisiko. In ländlichen Regionen gibt es auch eine größere Zahl armutsgefährdeter älterer Menschen. Zudem ist die Gefahr von Langzeitarbeitslosigkeit aufgrund mangelnder Arbeitsplatzalternativen – gerade in strukturschwachen Industrieregionen – höher.

Da der öffentliche Sektor in ökonomisch schwächeren Regionen auch eine stärkere Rolle als Arbeitsplatzfaktor spielt, wie zum Beispiel im Bereich der ÖBB und Post, wirken sich Einsparungen und Reduktionen stärker aus. Zu bedenken ist, dass 70% aller Investitionen im ländlichen Raum von Gemeinden getätigt werden.

### **Auswirkungen des demographischen und sozialen Wandels**

Eine generelle Herausforderung für die zukünftige Gestaltung öffentlicher Infrastruktur bilden die Auswirkungen des demographischen und sozialen Wandels: Abwanderung und Bevölkerungsverlust in strukturschwachen und peripheren Regionen Österreichs stellen die zukünftige Versorgungsdichte in Frage. Die älter werdende Gesellschaft schafft einen wachsenden Bedarf an Betreuung älterer Menschen. Der soziale Wandel – als Auflösung traditioneller Solidargemeinschaften oder der Veränderung von Familienstrukturen – stellt Gemeinden vor die Anforderung, soziale Aufgaben neu zu organisieren.

### **Schwindende Finanzkraft der Gemeinden**

Aufgrund von Einnahmeausfällen und einem abnehmenden Anteil am öffentlichen Budget (Gesamtabgabenertrag) als auch aufgrund neuer Aufgaben geraten Gemeinden und Städte an den Rand der Finanzierbarkeit ihrer Leistungen.<sup>24</sup>

- Der bestehende Finanzausgleich geht zu ihren Lasten, da der Bund Anteile am Gesamtbudget gewonnen hat, Gemeinden und Städte dagegen Anteile verloren haben: durch den Ausfall der Getränkesteuer oder durch

„Die Ausgliederung und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungsbetrieben wie Post, öffentliche Verkehrsmittel, Telekommunikation, Energieversorgung, Wasserver- und Abwasserentsorgung etc. könnte ohne entsprechende Begleitmaßnahmen zu einer Verschlechterung der Nahversorgung und in der Folge auch zu einer deutlichen Verringerung der Standortqualität von peripheren ländlichen Regionen führen. Eine ausschließlich betriebswirtschaftliche Bewertung könnte in vielen Fällen zur Rücknahme von öffentlichen Versorgungsleistungen führen. Die flächendeckende Versorgung wäre damit in weiterer Folge in Gefahr...“

*ÖROK, 2002, Seite 136/137*

- Zwangsbeiträge zur Mitfinanzierung der Steuerreform.
- Der bestehende Finanzausgleich führt aufgrund nicht mehr nachvollziehbarer Verflechtungen zu ineffizienten Strukturen. So sind zum Beispiel Gemeinden zur Co-Finanzierung von Aufgaben gezwungen, ohne Einfluss auf diesbezügliche Entscheidungen bzw. auf die Effizienz der Aufgabenerfüllung nehmen zu können (die Verantwortung für Ziele und Ergebnisse von Leistungen liegen außerhalb ihres Einflussbereichs).
  - Gemeinden haben neue Aufgaben übernommen. Und sie sind aufgrund des sozialen und demographischen Wandels gerade im Bereich der Kinder- und Altenbetreuung mit steigenden Anforderungen und Kosten konfrontiert.
  - Die Gemeinden sind wichtige öffentliche Investoren. Gleichzeitig fehlen ihnen finanzielle Spielräume für neue Investitionen. Kleine Gemeinden in strukturschwachen ländlichen Regionen verlieren Einnahmen durch Abwanderung und Betriebsabsiedlungen. Die undifferenzierte Umverteilung nach dem Modell der „Einheitsgemeinde“ benachteiligt Gemeinden und Städte mit zentralörtlichen Aufgaben, da sie im Verhältnis zu ihren Aufgaben nicht über entsprechende Mittel verfügen.

### **Die Zerstörung des ÖPNV-Netzes**

Die Auslagerung und Privatisierung von ÖPNV-Angeboten sowie die Aufgabe von volkswirtschaftlichen und versorgungsorientierten Zielsetzungen führt zur Ausdünnung des Angebotes außerhalb hochrangiger und stark frequentierter Strecken. Bahnen mit geringer betriebswirtschaftlicher Rentabilität sind gefährdet.

### **Reduktion behördlicher und öffentlicher Einrichtungen**

Aus Einsparungsgründen und aufgrund technologischer Veränderungen wird die Dichte und Verfügbarkeit an öffentlich-behördlichen Einrichtungen (Gerichte, Post, Gendarmerie) eingeschränkt. Gerade diese öffentlichen Einrichtungen verfügen über einen symbolischen Wert für die

betroffenen Gemeinden, der über den unmittelbar wirksam werdenden Nutzen hinausgeht.

### **Sozial- und Gesundheitsversorgung: Räumliche Ungleichheit und neue Herausforderungen**

Grundsätzlich besteht in Österreich eine Ungleichheit in der Versorgung mit Gesundheits- und Sozialangeboten. Dies wird beispielsweise in der Kinderbetreuung, der Betreuung alter Menschen sowie in der Gesundheitsversorgung zwischen städtischen und ländlichen Regionen, aber auch zwischen den Bundesländern sichtbar.<sup>25</sup>

Ein Abbau dieser Ungleichheit ist gleichzeitig mit folgenden Herausforderungen in ländlichen Regionen konfrontiert: Die demographische Entwicklung und der soziale Wandel führt zu einem wachsenden Bedarf an Betreuung für ältere Menschen. Dazu kommt, dass in ländlichen Regionen jüngere Menschen als potenziell pflegende Angehörige abwandern. In ländlichen Regionen hinkt das Angebot an Kinderbetreuung im Vergleich zu den Städten nach. Eine Ausweitung der Angebote scheitert nicht nur an Kostenfragen, sondern auch an der mangelnden Flexibilität von Gebietskörperschaften für neue innovative Modelle.<sup>26</sup> Dem Bedarf an einer wohnortnahen und bedarfsorientierten Gesundheitsversorgung steht eine Politik gegenüber, die das Gesundheitssystem „krank“ spart anstatt eine flexible und effizient organisierte flächendeckende Gesundheitsvorsorge und Krankheitsverhütung als wesentlichen Faktor einer Gesundheitsreform wahrzunehmen. Anstatt das Gesundheitssystem umzubauen drohen ersatzlose Streichungen von Spitälern und Arztpraxen.<sup>27</sup>

### **Bildungsversorgung**

Qualifikation und Zugang zu Wissen und Information gelten als zentrale Elemente der postindustriellen Wissensgesellschaft. Denn Wissen und Qualifikation sind zu zentralen Produktionsfaktoren geworden. Und Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen bilden wichtige „Standortfaktoren“. Denn sie entscheiden über den regionalwirtschaftlichen Erfolg, über Wertschöpfung und Ar-

beitsplätze mit. Allerdings besteht einerseits eine Ungleichheit zwischen städtischen und ländlichen Regionen in der Versorgung mit Schulen und weiterführenden Bildungsangeboten. Im Besonderen betrifft dies die Ausstattung mit Angeboten der postsekundären Bildung: Fachhochschulen, Universitäten, Erwachsenenbildung. Andererseits klaffen Nachfrage und Angebot an Qualifikation und Bildung auf regionaler Ebene auseinander.<sup>28</sup>

## Alternativen

### Dritter Sektor & BürgerInnenarbeit als Potenziale

Der soziale Wandel in Gemeinden erfordert soziale Teilhabe und Verantwortung für die Bewältigung gemeinnütziger Aufgaben und für die Gestaltung von Lebensbedingungen. Dieser Wandel verändert jedoch auch die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für bislang oft unhinterfragte und selbstverständliche gemeinnützige Tätigkeiten und Leistungen in einer Gemeinde. Daher stellt die Förderung beteiligungsorientierter und aktivierender Initiativen, Modelle und Organisationen für gemeinnützige Tätigkeiten bzw. für die Erfüllung sozialer Aufgaben – sei es in unbezahlter oder in bezahlter Form, sei es als monetäre oder nichtmonetäre Abgeltung – ein besonderes Zukunftspotenzial für die Sicherung der Lebensqualität in Gemeinden dar.

### Aufgabenorientierte Stärkung der Finanzkraft von Gemeinden und Städten<sup>29</sup>

Die Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden und Städte ist die Basis für eine angemessene Erfüllung ihrer Aufgaben. Dafür ist eine Reform des Verteilungsschlüssels im Finanzausgleich erforderlich. Allerdings kann eine undifferenzierte Stärkung sowie Umverteilung von Mitteln nicht das Ziel allein sein. Reformen, wie zum Beispiel nach den Kriterien des New Public Management (Definition und Vereinbarung von Zielen und Leistungen, Ergebnisorientierung der Leistungen, Umsetzungskontrolle) verbessern die Umsetzung von Aufgaben und Leistungen. Ein wesentliches Prinzip ist dabei die Aufgabenorientierung: Da Gemeinden unterschiedliche Aufgaben erfüllen – Basisaufgaben, zentralörtliche Aufgaben sowie Ballungsraumaufgaben, ist ein abgestufter Schlüssel für die Zuweisung von Mitteln aus dem Finanzausgleich erforderlich, damit die Leistungsfähigkeit der Gemeinden gewährleistet werden kann (Abkehr vom Prinzip der „Einheitsgemeinde“).

Einschlägige Beispiele sammelt zum Beispiel die Salzburger Robert Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen

Siehe unter:  
[www.jungk-bibliothek.at](http://www.jungk-bibliothek.at)

## **Flexible bedarfsorientierte Betreuungsangebote in ländlichen Regionen**

Die Veränderung von Familienstrukturen, die generell höhere Erwerbstätigkeit sowie die älter werdende Gesellschaft machen den Ausbau von institutionellen Formen für Kinderbetreuung sowie für die Betreuung älterer Menschen unabdingbar.<sup>30</sup>

Nachdem der Ausbau von bedarfsorientierten und flexiblen Kinderbetreuungsangeboten inzwischen mehrheitlich als eine zentrale Aufgabe erkannt wird, kann es nur Ziel sein, die nach wie vor bestehenden Unterschiede in der Versorgungsdichte und der Qualität der Angebote zwischen Städten und ländlichen Regionen als auch zwischen Bundesländern konsequent abzubauen. Eine wichtige Basis dafür bilden bundeseinheitliche Standards.<sup>31</sup> Ländliche Regionen brauchen innovative Formen der Kinderbetreuung. Aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte soll Kinderbetreuung in flexibleren, gemeindeübergreifenden Angeboten organisiert werden. Dies erfordert jedoch mehr Flexibilität und Kooperationsbereitschaft bei Gemeinden wie bei anderen zuständigen Gebietskörperschaften.

Die demographische Entwicklung führt zu einem erhöhten Betreuungs- und Versorgungsbedarf für ältere Menschen. Im Bereich der mobilen Betreuung bzw. alternativer Formen zu Alters- und Pflegeheimen sind angesichts des vergleichsweise höheren Anteils an zu betreuenden älteren Menschen in ländlichen Regionen die Gebietskörperschaften hinsichtlich innovativer Angebote und Organisationsmodelle besonders gefordert.<sup>32</sup>

## **Wohnortnahe und bedarfsorientierte Gesundheitsversorgung**

Die Alterung der Gesellschaft erhöht den Bedarf auch an der mit Betreuung und Pflege verknüpften Gesundheitsinfrastruktur. Grundlage einer zukunftsweisenden Gesundheitsversorgung sind sowohl die Neuorientierung an Prävention und Gesundheitsförderung als auch sowie strukturelle Reformen im Gesundheitswesen.<sup>33</sup> Dabei bilden

Siehe dazu

„Positionspapier Kinderbetreuung“  
der Salzburger Grünen, unter:  
[www.salzburg.gruene.at](http://www.salzburg.gruene.at) (Download)

„Gesundheits- und Sozialsprengel“ die Basis und Drehscheibe regionaler Gesundheitsversorgung: Sie sollen Angebote und Einrichtungen wie zum Beispiel Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation organisieren. Durch den Ausbau des ambulanten Sektors können wohnortnahe Versorgungsstrukturen geschaffen und teure Spitäler entlastet werden. Eine effizientere und bedarfsorientierte Organisation des Gesundheitswesens hilft, Kosten einzusparen. Damit werden finanzielle Spielräume für „extramurale“ Versorgung (Tages- und Nachtkliniken, Übergangspflege, mobile Gesundheitsdienste, für Prävention und Gesundheitsförderung) werden geschaffen.

### **Bildung: Regionale Abstimmung von Angebot & Nachfrage, Dezentralisierung von postsekundären Angeboten**

Einerseits ermöglicht eine verbesserte regionale Planung und Koordination die bessere Abstimmung von Angebot und Nachfrage im Bereich Bildung und Qualifizierung. Andererseits können im postsekundären Bereich (Universitäten, Akademien, Fachhochschulen, Kollegs und Erwachsenenbildung) Möglichkeiten zur Dezentralisierung insbesondere auch unter Nutzung des Potenzials der Informations- und Kommunikationstechnologien<sup>34</sup> – (weiter)entwickelt und umgesetzt werden.

### **Attraktivität und Optimierung regionaler ÖPNV-Netze**

Die Reduktion von regionalen ÖPNV-Angeboten (Bahn, Bus) wird vielfach mit mangelnder Rentabilität und Attraktivität argumentiert. Tatsächlich sind jedoch die laufenden Kosten für regionale Bahninfrastruktur niedriger als die Kosten für Straßenerhaltung.<sup>35</sup> Statt den ÖPNV undifferenziert zu reduzieren, muss es Ziel sein, bestehende regionale Netze mit neuen Konzepten und Modellen attraktiver zu gestalten und zu optimieren. Beispiele für funktionierende Regionalbahnen gibt es genug.

Siehe dazu:  
Gesundheitspolitische Leitlinien der Grünen; Download unter:  
[www.Gruene.at/Grüne Programme und Statuten](http://www.Gruene.at/Grüne_Programme_und_Statuten)

Siehe dazu das Beispiel:  
„Vitamin R – Zentrum für Gesundheitsförderung in Radenthein, Kärnten“

Ein Beispiel für ein regionales Bildungszentrum stellt das „Welterbestudienzentrum Bad Goisern dar  
Siehe unter: [www.basis.or.at](http://www.basis.or.at)

### **„Sanfter Rückbau“ öffentlicher Infrastruktur**

In von Abwanderung, Entleerung und Ausdünnung betroffenen Regionen kann es nicht das Ziel sein, vorhandene Infrastrukturen in derselben Dichte und Verfügbarkeit weiterzuführen. Aber zwischen einer Politik des „Weiter wie Bisher“ und einer Politik der unhinterfragten Abschaffung von öffentlichen Leistungen gibt es Alternativen wie zum Beispiel: eine reduzierte, aber flexible und bedarfsorientierte Versorgung mit ÖPNV, Sozial- und Gesundheitsversorgung und mit Schulen.

## 2.4 Er kämpfte Lebensqualität

**Wie kann die Beeinträchtigung von Umwelt und Lebensqualität in Regionen, die von einer dynamischen Entwicklung besonders betroffen sind, begrenzt bzw. verhindert werden?**

### Entwicklungen, Trends, Befunde

Verkehrsbelastung, Flächenverbrauch und die damit verbundene Beeinträchtigung von Lebensqualität und Umwelt führen zu typischen regionalen „Problemzonen“: Gemeinden an Transitkorridoren, Stadt-Umland-Gebiete und Regionen mit Intensivtourismus.

#### **Gemeinden an Transitkorridoren: Beeinträchtigung der Gesundheit und Verlust an Lebensqualität**

Nach wie vor werden in Österreich neue Strassen gebaut anstatt dem Anwachsen des Verkehrs mit neuen Konzepten zu begegnen.<sup>36</sup> In Österreich wird mehr als ein Viertel der Wirtschaftsleistung für Verkehr ausgegeben. Die Bevölkerung legt jährlich mehr als 110 Mrd. Kilometer zurück, 70% davon mit dem PKW. Wachsende Staus verursachen einen wirtschaftlichen Schaden von 3,4 Mrd. Euro im Jahr. Der Öffentliche Verkehr und Radfahren verlieren Anteile am Gesamtverkehrsaufkommen. 53% der Wege in Österreich werden mit dem Auto zurückgelegt. Dagegen wird in den Niederlanden, in der Schweiz oder auch in Deutschland mehr mit dem Fahrrad und mit der Bahn gefahren. Die zunehmende Arbeitsteilung (Spezialisierung) in der Wirtschaft sowie die niedrigen Transportkosten führen zum Anwachsen des Transports von Halbfertigwaren. Sowohl der Personen- als auch der Güterverkehr nehmen zu. Während sich die Mobilität (Anzahl zurückgelegter Wege, durchschnittlicher Zeitaufwand) nicht ändert, nehmen jedoch die Entfernungen und Verkehrsleistungen – vor allem für den Autoverkehr – zu.<sup>37</sup> Neben dem hausgemachten Pendel- und Einkaufsverkehr sowie dem Freizeit- und Tourismusverkehr bildet der Transitverkehr mit LKW einen besonderen Belastungsfaktor. Die Bevölkerung von Anrainergemeinden an Transitkorridoren und hochrangigen Verkehrsachsen – wie zum Beispiel in den ökolo-

Pro Jahr werden ca. 21.000 ha verbaut – Flächenverbrauch erfolgt gerade dort, wo Freiflächen bereits knapp geworden sind: im Umland der Städte, an den Verkehrsknotenpunkten sowie in Tourismusgebieten

ÖROK, 2002, Seite 57

Transitforum Austria-Tirol, PK vom 7. 11. 2004: Kritik der Anrainer und Transitgegner an der Baupolitik, Nicht-Diskussion und Ignoranz gegenüber Expertenmeinungen aus eigenen Fachabteilungen der Landesregierung. Die Tiroler Landesregierung ist auf dem Weg, aus dem „Herz der Alpen“ tatsächlich eine unumkehrbare „alpine Sanierungszone“ zu machen. Seit 2001 gibt es eine „dramatische Zunahme der LKW-Transitachsen über den Brenner (in den ersten 10 Monaten +20%) bei gleichzeitig starken Verlusten der Eisenbahnen“. Die Kapazitätsauslastung Brenner Rollende Landstrasse wurde mit –75% beziffert. Presseaussendung 7.11.2004; unter: [www.transitforum.at](http://www.transitforum.at)

Im Juni 2003 fuhren 118.000 schwere LKW über den Brenner, ein Jahr später 160.000. Tauernautobahn: Der LKW-Verkehr ist seit 1998 um 20% gestiegen, Wörtherseeautobahn: 25% mehr LKW als vor 5 Jahren.

In: VCÖ-Factsheet: Mobilität besser managen, 2004

gisch sensiblen Alpengebieten (Brenner, Tauern) leidet durch die Beeinträchtigung von Gesundheit und Lebensqualität (Emissionen, Lärmbelastung). Die betroffenen Gemeinden verlieren an Attraktivität. Im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union zeichnet sich ein vergleichbares Szenario auch für zukünftige Anrainergemeinden neuer Korridore im Osten Österreichs ab. Seit Jahren kämpfen Bürgerinitiativen, NGOs und Grüne gegen den wachsenden Transitverkehr.

### **Verkehr, Flächenverbrauch und Neuerschließungen gefährden die Zukunftsfähigkeit von Tourismusregionen**

Das starke Wachstum der Freizeit- und Tourismuswirtschaft führt zur touristischen Spezialisierung bis hin zur Monofunktionalisierung in ausgewählten Regionen und in der Folge zu deren zyklischen Überbeanspruchung.<sup>38</sup> Regionen mit Intensivtourismus wie in den Bundesländern Tirol, Salzburg oder Kärnten sind mit einem enormen Flächen- und Ressourcenverbrauch, einer enormen Verkehrsbelastung sowie einem Erschließungsdruck in bislang unberührte Landschaften und ökologisch sensible Zonen konfrontiert. Gleichzeitig ist gerade in alpinen Gebieten der verfügbare Siedlungsraum eingeschränkt, so dass die Flächennutzung auch an absolute Grenzen stößt. Die Zukunftsfähigkeit von Tourismusregionen ist sowohl aufgrund des anwachsenden Verkehrs als auch aufgrund des Flächen- und Ressourcenverbrauch (Übernutzung bestehender bzw. Neunutzung bislang unberührter Gebiete) gefährdet.

Laut VCÖ<sup>39</sup> wirken sich gerade in den touristisch wichtigen Alpen Lärm und Abgasbelastung besonders aus. Jeder fünfte, in Österreich gefahrene PKW-Kilometer wird für Urlaub und Tagesausflüge verwendet. Österreich ist, bezogen auf die Nächtigunzzahlen pro EinwohnerIn, zwar Tourismusland „Nummer Eins“ in Europa. Aber der Sommertourismus als ein wichtiges Standbein verliert an Bedeutung. So sind die Nächtigunzzahlen im Sommertourismus seit 1994 Österreichweit um 10% gesunken, in Tirol um 20%. Dafür ist nicht nur die Konkurrenz mit Fernreisen verantwortlich. Laut VCÖ trägt auch der steigende Straßenverkehr zu diesem Rückgang bei. Denn der

Laut Verkehrsprognose zum Bundesverkehrsplan bis 2015 wird eine Zunahme des Güterverkehrs um ca. 50% erwartet, im Besonderen im Transitverkehr mit neuen EU-Mitgliedern. Insgesamt wird eine stärkere Zunahme des Langstreckenverkehrs auf der Straße erfolgen, während die Schiene nachhinkt, so das Österreichische Raumentwicklungskonzept 2001

„Einzelne Tourismusregionen versuchen... die Verbindung des Angebotes von Großformen gebauter Freizeitwelten und Großveranstaltungen mit dem traditionellen Tourismusangebot herzustellen. Dies kann in der Folge – durch den Druck einer ganzjährigen und flächenintensiven Auslastung der Gebiete – eine Kette weiterer Erschließungsmaßnahmen auslösen und Überlastungserscheinungen zur Folge haben“

Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2001, Seite 20

Die Tauernautobahn im Drautal und der rückgängige Tourismus in einigen Gemeinden (1973: 304.000 N, 2003: 129.000 N), im Wipptal: Rückgang, im Stubaital Wachstum. „Es ist erwiesen, dass die Brennerautobahn die Attraktivität Tirols für Gäste nicht gesteigert hat... Dennoch werden Straßenbauten in sensiblen Gebieten heute noch mit dem Nutzen für den Tourismus begründet“ .  
In: VCÖ, Factsheet: Wege zu einem autofreien Tourismus, Seite 3

Straßenverkehr steht im Widerspruch zu Gästebedürfnissen. Laut einer Umfrage unter deutschen Gästen zählen für einen Urlaub in Österreich Erholung und intakte Natur zu den wichtigsten Gründen.<sup>40</sup> In vielen Gebieten zeigt sich, wie sehr Straßenbau und Verkehr dem Tourismus schaden (Beispiel: Drautal an der Tauernautobahn mit rückgängigem Tourismus oder Wipptal/Brennerstrecke, dessen Tourismus noch in den 1960er Jahren gleichrangig mit dem benachbarten Stubaital war, seit dem Bau der Brennerautobahn jedoch stark ins Hintertreffen geraten ist).<sup>41</sup>

Der Flächen- und Ressourcenverbrauch vernichtet Lebensräume wie auch Entscheidungsspielräume.<sup>42</sup> Konkurrenzdruck, Vergrößerung der touristischen Einzugsgebiete, die Erschließung neuer Destinationen sowie Auslastungsdruck verstärken den Nutzungs- und Erschließungsdruck.<sup>43</sup> Laut Österreichischem Alpenverein sind aktuell 14 unberührte Gebiete durch Ski-Erschließungsprojekte gefährdet.<sup>44</sup> Im Bundesland Tirol mit einem Dauersiedlungsraum von 13,2% an der gesamten Landesfläche und einem enormen Konkurrenzkampf um verschiedene Nutzungen versuchen Touristiker den Rückgang des Sommertourismus vermehrt mit der Errichtung flächenintensiver Golfplätze zu begegnen. Die touristischen Effekte von Golfplätzen sind jedoch gering. Und die Raumordnung wird dabei völlig ins Abseits gestellt.

Die Nachfrage nach Zweitwohnsitzen ist gerade in reizvollen Tourismusgebieten besonders hoch und gerät in Konflikt mit dem Natur- und Landschaftsschutz.

### **Die Dynamik von Stadt-Umland-Gebieten bedroht Naturräume und Lebensqualität**

Stadt-Umlandgebiete zählen zu den Regionen mit dem größten Bevölkerungszuwachs und einem enormen Flächenverbrauch für Wohnen, Gewerbe, Versorgung und Verkehrsinfrastruktur. Ihre Dynamik gefährdet Naturräume und die Lebensqualität der Menschen. Die Steuer- und Gestaltbarkeit von Stadt-Umland-Gebieten als Ausdruck neuer raumstruktureller Muster (wachsende Verflechtung von Kernstadt und Umland) stellen eine seit Jahren beste-

Der österreichische Alpenverein listet 14 von Neuerschließung für den Skitourismus gefährdete Gebiete auf, darunter den größten Anteil in Tirol, wie zum Beispiel das Kauner- tal (Weißseespitze, Gepatschferner, Vent-Pitztal).

in: [www.alpenverein.or.at](http://www.alpenverein.or.at)

„Nach der Errichtung von insgesamt 8 Gletscherschuttbereichen in Österreich in den 1970er- und 1980er- Jahren, erfolgte eine breite Unterstützung für eine Unterschutzstellung der noch unerschlossenen Gletschergebiete. Nach Vorarlberg, Kärnten und Salzburg sprach sich auch Tirol im Jahr 1991 für den absoluten Gletscherschutz aus. Nun setzen Politiker von SPÖ, ÖVP und FPÖ alles daran, um den im Tiroler Naturschutzgesetz verankerten Gletscherschutz aufzuweichen. Am 12. Mai 2004 hat der Tiroler Landtag... die Novelle des Tiroler Naturschutzgesetzes beschlossen. Die Tiroler Landespolitik will damit in Zukunft Erschließungen in noch unerschlossenen Gletschergebieten zulassen“

In: [www.alpenverein.or.at](http://www.alpenverein.or.at)

hende Herausforderung für Forschung, Planung und Politik dar.<sup>45</sup> Die Dynamik von Stadt-Umlandgebieten ist beispielhaft durch folgende Trends und Entwicklungen zu charakterisieren:

- Stadt-Umland-Gebiete sind „Ballungsräume des Verkehrs“, geprägt von Überlastung, Stau und Emissionen.<sup>46</sup> Hier werden die Wirkungen funktionsräumlicher Trennung und siedlungsstruktureller Spezialisierung (Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Versorgung), der Abbau „fußläufiger“ Beziehungen, die Konzentration der Versorgung und die fehlende Koordination von Verkehrs- und Siedlungsplanung besonders spürbar. Laut Prognose für den Bundesverkehrswegeplan bis 2015 wird ein starkes Anwachsen des Personenverkehrs – bei gleichzeitig geringerem Wachstum des ÖV – erwartet. Besonders hohe Zuwächse erzielen dabei Stadt-Umland-Gebiete.<sup>47</sup>
- Der wachsende Flächenverbrauch für Wohnen (Zunahme an Haushalten, Haushaltsgrößen und Zweitwohnungen) drückt sich in besonderer Weise im Wunschbild nach „Wohnen im Grünen“ aus (50% der Neubauten sind Einfamilienhäuser), der vor allem in Stadt-Umland-Gemeinden realisiert wird.
- Der Einzugsbereich von Städten in der Nähe von Verkehrsknoten bildet bevorzugte Standorte für Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen. Diese zählen zu maßgeblichen Verkehrserregern.<sup>48</sup> Der Flächenbedarf der Wirtschaft richtet sich nach den Anforderungen an die Zeitökonomie: Flexibilität, Erreichbarkeit, Schnelligkeit. Daher werden gerade verkehrsgünstige Stadtrandlagen zu begehrten Standorten. Der Verdrängungswettbewerb im Handel wird über Betriebsgrößen geführt. Flächenintensive Industrie- und Gewerbegebäude am Stadtrand stellen die kostengünstigste Variante dar.
- Der enorme Flächenverbrauch für Verkehr, Wohnen und Wirtschaft gefährdet Grün- und Freiräume, die gerade für Naherholung sowie als ökologische Ausgleichsflächen eine wichtige Rolle spielen.

“Die Erhaltung von Grünflächen und Freiflächen findet bei weitem nicht die Interessentenlobby, wie sie für die Umwidmung in Bauland bzw. für die Zuführung zur Verbauung besteht. Nur die unter Schutz gestellten ökologisch besonders wertvollen Flächen sind (einigermaßen) vor der Verbauung gesichert“

Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2001, Seite 116

„Grünräume, Freiräume vor allem in wohnnaher Lage sind wichtige Naherholungsgebiete bzw. Orte für die naturverbundene Freizeitgestaltung. ... Nicht zuletzt entsteht aus dem Mangel an Grünflächen in den dicht besiedelten Kernbereichen... der Wunsch nach Wohnen im Grünen im suburbanen Raum“

Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2001, Seite 117

## Alternativen

### Begrenzung des Transitverkehr – Entlastung für Anrainergemeinden

Eine Politik der Vermeidung und Begrenzung des LKW-Transitverkehrs beruht auf Strategien und Instrumenten auf verschiedenen Ebenen:

- Eine Ökologisierung des Steuersystems, wie zum Beispiel durch eine aufkommensneutrale Öko-Steuerreform, belastet Energieverbrauch und verteuert Verkehr (LKW -Transporte).
- Die Alpenkonvention als internationale Vereinbarung für einen ökologisch besonders sensiblen Raum ist bereits geltendes Recht. Aufgrund der Alpenkonvention können keine neuen hochrangigen Verkehrsrouten mehr im Geltungsgebiet errichtet werden. Dies gilt zum Beispiel für das Autobahn-Projekt Alemagna (Venedig – München).
- Eine Ökologisierung des Mautsystems, zum Beispiel durch eine sogenannte „leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe“ verteuert den Transitverkehr auf allen Strassen. Ein derartiges Modell wird bereits in der Schweiz praktiziert. Grundlage für die Bemautung ist eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nach dem Prinzip der Kostenwahrheit.<sup>49</sup>
- Der Langstreckenverkehr mit Waren wird konsequent auf die Schiene verlagert. Dafür werden alle erforderlichen Voraussetzungen geschaffen.<sup>50</sup>

### Zukunftsfähigkeit von Tourismusregionen durch Naturschutz, Qualität und weniger Verkehr

- *Naturschutz statt Neuerschließung:* Sowohl eine konsequente Umsetzung der Vorgaben der Alpenkonvention als auch die gezielte Anwendung und Nutzung von Programmen und Instrumenten des Naturschutzes bilden eine wichtige Basis für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Tourismusregionen. Unberührte, aber durch potenzielle Erschließung gefährdete Gebiete werden durch konsequenten Naturschutz erhalten. Schutzgebietsbetreuung schafft Akzeptanz in der Bevölkerung und bei den Gästen und bildet gleichzeitig

Siehe dazu  
die Ziele der Alpenkonvention unter:  
[www.alpenkonvention.org](http://www.alpenkonvention.org)

- ein innovatives Element für Regionalentwicklung.
- *Vermeidung flächenintensiver Tourismusnutzung:* Regionen mit nur wenig verfügbarem Siedlungsraum und großer Flächennutzungskonkurrenz vertragen keinen flächenintensiven Tourismus. Daher werden Endausbaugrenzen (touristisch, energiewirtschaftlich, verkehrsmäßig) festgelegt, die Errichtung von Golfanlagen beschränkt sowie „Ruhegebiete“ als Ergänzung zu besonders intensiv genutzten Räumen definiert.<sup>51</sup>
  - *Qualitätsorientierung:* Österreich zählt zu den tourismusintensivsten Ländern der Welt. Ein nur ein Umdenken in Richtung Qualitätsstrategien sichert die Zukunftsfähigkeit des Tourismus. Nicht Nächtigungszahlen sind das entscheidende Kriterium, sondern Umsätze. Das Fremdenverkehrsangebot wird nicht mehr weiter ausgebaut, sondern konsolidiert. Wachstumsspiralen und eine „automatisierte Engpassüberwindung“ der Tourismusinfrastruktur werden vermieden. Auf weitere großtechnische Erschließungen und auf eine weitere Verdichtung der Freiraumaktivitäten wird – zugunsten der Attraktivität und Qualität des Angebotes – verzichtet.<sup>52</sup>
  - *Wege zum autofreien Tourismus:* Der VCÖ hält „Mehr Urlauberqualität durch weniger Autoverkehr“ für den Schlüssel zum Erfolg. Dafür gibt es bereits Leitlinien und Maßnahmen wie zum Beispiel: Verbesserung des Öffentlichen Verkehrs (Bus, Bahn), fahrrad- und fußgängerfreundliche Ortskerne, Verbesserung der Logistik im Wirtschafts- und Lieferverkehr, Tür – zu – Tür-Gepäckskonzepte.<sup>53</sup> Für einen autofreien Tourismus sowie für die Förderung ÖPNV – naher Tourismuskonzepte gibt es bereits eine Reihe positiver Erfahrungen.

### **Nachhaltige Raumentwicklung sichert Lebensqualität in Stadt-Umland-Gebieten bzw. Stadtregionen**

Die Sicherung der Lebensqualität in Stadt-Umlandgebieten bzw. in Ballungsräumen sowie der Schutz von Grün- und Freiräumen ist von einem Bündel gestaltender und steuernder Strategien und Maßnahmen abhängig:<sup>54</sup>

- Die Leitidee der „nachhaltigen“ Stadt orientiert sich an der Reduktion von Verkehr sowie von Flächen- und

Zu Natura 2000

„Österreich ist mit dem Beitritt zur EU die Verpflichtung eingegangen, ein europaweites Schutzgebietssystem mit einheitlichen Kriterien für bedrohte Tier- und Pflanzenarten und für seltene Lebensräume gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten aufzubauen. Von der Europäischen Union wurden zwei Richtlinien erlassen, die in das Schutzgebietssystem Natura 2000 ... einzugliedern sind: Flora - Fauna - Habitat - Richtlinie und Vogelschutzrichtlinie. Österreich hat Anteil an der alpinen und kontinentalen Region. Mit Stand 10/2003 wurden in Ö 212 Natura 2000 - Gebiete nach Brüssel gemeldet. In den kommenden Jahren ist jeder Mitgliedsstaat verpflichtet, eigens für jene nominierten Natura 2000-Gebiete Erhaltungsmaßnahmen in Form von Managementplänen vorzusehen. Der Schutz ist nicht mehr eine Landesangelegenheit, sondern auch eine europäische“

[www.alpenverein.or.at](http://www.alpenverein.or.at)

Zum Anliegen einer sanften Mobilität ist das „Netzwerk Europäischer Tourismus mit Sanfter Mobilität“ tätig; siehe unter:

[www.soft-mobility.com](http://www.soft-mobility.com)

Ressourcenverbrauch. Polyzentrische Entwicklung und dezentrale Konzentration von Infrastruktur- und Siedlungsentwicklung (Prinzip der kompakten Siedlung), eine Siedlungsentwicklung in Kombination mit ÖPNV-Angeboten und Nahversorgung, Nutzungs-Mix statt funktionsräumliche Trennung, ressourcenschonende Baulandentwicklung oder der Bedarfsnachweis für Bauland sind wichtige Ansatzpunkte.<sup>55</sup>

- Die Errichtung von Versorgungseinrichtungen (Einkaufszentren) sowie von Freizeitprojekten wird durch eine konsequente ökologische Standort- und Bedarfsprüfung kontrolliert und begrenzt.
- Eine koordinierte Siedlungs- und Verkehrsinfrastrukturplanung erleichtert die Forcierung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Mobilitätsmanagement hilft, den Verkehr zu verringern und die Mobilität der Menschen zu erhöhen. So gibt es viele Wege, die mit dem Auto zurückgelegt werden, aber auch mit dem ÖPNV, zu Fuß oder mit dem Fahrrad bewältigt werden können. Gezielte Abgaben und Steuern unterstützen Mobilitätsmanagement (z.B. Verkehrserregerabgaben).
- Grün- und Freiflächen enthalten wichtige Funktionen. Sie dienen der Naherholung, erhalten Bio-Diversität aufrecht, haben ökologische Funktionen. Gerade aufgrund des enormen Flächendrucks in dynamischen Stadt-Umland-Gebieten ist es wichtig, Grün- und Freiräume gezielt zu sichern. Landschaftskonzepte werden explizit Teil von örtlichen und regionalen Raumentwicklungskonzepten.<sup>56</sup>
- Die Gestaltbarkeit für mehr Lebensqualität sowie Umwelt- und Naturschutz hängt von der Handlungsfähigkeit von Stadt-Regionen (Gesamtheit von Kernstadt und Umlandgemeinden) ab. Sie entwickeln gemeinsam Rahmenbedingungen und Instrumente für die kooperative Planung und für die Bewältigung gemeinsamer Aufgaben und Herausforderungen im Bereich der Raumordnung, Siedlungs-, Infrastruktur- und Standortpolitik.

## 2.5 Flächendeckende Nutzung

### Wie kann land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung aufrechterhalten und zukunftsweisend organisiert werden?

#### Entwicklungen, Trends, Befunde

##### Der permanente Strukturwandel stellt eine flächendeckende Bewirtschaftung in Frage

41% der österreichischen Staatsfläche werden landwirtschaftlich, 47% forstwirtschaftlich genutzt. Zwei Drittel des Staatsgebietes zählen zum Alpenraum, ausgestattet mit besonderen Rahmenbedingungen und Merkmalen (kleinräumig, kleinstrukturiert, ökologisch sensibel). Die vielfältigen Leistungen, Funktionen und Wirkungen, die der Land- und Forstwirtschaft zugeschrieben werden, sind bekannt: Neben der Erzeugung und Veredelung von Lebensmitteln und Rohstoffen (Holz als bedeutendes Exportprodukt) dient Land- und Forstwirtschaft der Sicherung von Naturressourcen, der Erhaltung von Infrastruktur und der Erzeugung erneuerbarer Energie. Abgesehen von der Erhaltung unserer Kulturlandschaft wird diese als heimische „Identitätsressource“ und als Landschaftskapital des österreichischen Tourismus genutzt.<sup>57</sup>

Sowohl aus ökonomischen Gründen als auch aufgrund der Engpässe und Legitimationsprobleme von öffentlichen Zahlungen steht zukünftig eine flächendeckende land- und forstwirtschaftliche Nutzung in Frage. Damit stehen grundsätzliche Aufgaben des ländlichen Raumes neu zur Debatte. Dies ist mit ein Grund, warum die „Entwicklung ländlicher Räume“ zu einem besonderen Thema in der Europäischen Union geworden ist.<sup>58</sup> Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der gesamten wirtschaftlichen Wertschöpfung sowie die Anzahl an Betrieben und Arbeitsplätzen nehmend laufend ab. Im ländlichen Raum spielen Land- und Forstwirtschaft im Durchschnitt eine immer geringere Rolle als Arbeitsplatzfaktor. Mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe sind Nebenerwerbsbetriebe, das heißt sie sind auf außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze angewiesen.

Österreich hat, bezogen auf die Landesfläche, innerhalb der EU mit 70% den höchsten Anteil an Berggebieten. 52% der Landwirtschaftsbetriebe liegen im Berggebiet. 80% der Landesfläche liegen laut Gemeinschaftsverzeichnis der EU in benachteiligten Gebieten

BMLF (Hg.): Grüner Bericht 2004, Seite 50

Das Österreichische wie das Europäische Raumentwicklungskonzept heben die Funktionsvielfalt und die Bedeutung des ländlichen Raumes hervor

Betriebsstrukturen in der Landwirtschaft:

1999 gab es 217.508 Betriebe, davon 80.2145 im Haupterwerb (36,9%) sowie 129.495 im Nebenerwerb (59,5%), der Rest (3,6%) waren juristische Personen (z.B. Agrargemeinschaften, Gesellschaften). Ca. 41% aller Betriebe bewirtschaften weniger als 10 Hektar Kulturfläche. 39% aller Betriebe gelten als Bergbauernbetriebe. Dies bedeutet, dass der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe dominiert. Wesentlich ist jedoch, dass seit dem EU-Beitritt bis 1999 die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe stärker zurückgegangen ist (14%) als die der Haupterwerbsbetriebe (1%).

BMLF (Hg.): Grüner Bericht, 2004, Seite 51

Der Kosten- und Wettbewerbsdruck bedroht die Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft in vielen Teilen Österreichs: Die Kleinstrukturiertheit sowie die spezifischen Lagen im Berggebiet setzen einer Rationalisierungs- und Wachstumsstrategie deutliche Grenzen.

### **Intensivierung und Konzentration einerseits...**

Einerseits führt die Agrarmarkoliberalisierung seit dem Beitritt zur Europäischen Union zu einem wachsenden Kosten- und Wettbewerbsdruck und zu einem Konzentrations- und Intensivierungsprozess: Der Schwerpunkt der Milchproduktion konzentriert sich in absatznahen Gunsträumen und naturräumlich bevorzugten Gunstlagen. Abgelegene Grünlandgebiete (z.B. inneralpine Lagen, Berggebiete) werden in Richtung extensiverer Produktionen gedrängt.<sup>59</sup> Der Konzentrations- und Intensivierungsprozess zwingt Nebenerwerbsbetriebe zur Aufgabe. Wenn zum Beispiel Ausgleichszahlungen geringer ausfallen, Preise nach unten gehen oder wenn traditionelle Nebenerwerbsmöglichkeiten (im öffentlichen Sektor, im kommunalen Bereich oder im Gewerbe) verloren gehen und Alternativen nur unter schwierigen Rahmenbedingungen möglich sind, wird eine weitere Bewirtschaftung des Betriebes unrentabel.

### **... Ökologisierung und Extensivierung andererseits**

Andererseits fördert die Agrarpolitik der Europäischen Union und Österreichs einen Prozess ökologischer Maßnahmen, der nicht zuletzt in der enormen Zunahme an biologisch wirtschaftenden Betrieben sowie in der weitgreifenden Teilnahme an umweltorientierten Förderprogrammen (ÖPUL) seinen Ausdruck findet.

Als Alternative zum Wachstums- und Rationalisierungsdruck zeigen Strategien der Extensivierung (z.B. Mutterkuhhaltung im alpinen Grünland), der Spezialisierung, der Qualitätsproduktion sowie kooperative Organisationsmodelle und Vermarktungsformen gewisse Erfolge und tragen zur Sicherung der Wertschöpfung der Betriebe bei.

### Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Da die Grundstruktur der österreichischen Landwirtschaftsbetriebe mittel- und kleinbäuerlich geprägt ist, sind die Arbeitskräfte vorwiegend der/die Betriebsleiter/in selbst und seine/ihre Familienangehörigen. 2003 wurden 181 600 Jahreseinheiten durch Betriebsleiter und Familienangehörige erzielt. Ebenfalls gab es 2003 im Jahresdurchschnitt 26.337 ArbeitnehmerInnen in der Landwirtschaft

BMLF (Hg): Grüner Bericht, 2004, Seite 57

Siehe dazu:

Gerhard Hovorka: Einkommenswirkungen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raumes – Mid Term Evaluation. Hg. v. der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien, 2005

### **Liberalisierung & ungleiche Ausgleichszahlungen**

Die EU-Agrarpolitik der Heranführung der Produktionspreise an das Weltmarktniveau (um Überschüsse exportieren zu können) macht es auch großen Betrieben in begünstigten Regionen schwer, annähernd kostendeckend zu produzieren. Daher verschlingen Ausgleichszahlungen, einen großen Anteil des EU-Budgets und machen inzwischen durchschnittlich 70 % des Gesamteinkommens landwirtschaftlicher Betriebe aus. Die Art der Zahlungen verstärkt jedoch die Unterschiede zwischen Gunst- und Ungunstlagen bzw. zwischen Großen und Kleinen noch zusätzlich.<sup>60</sup> Denn agrarische Förderungen und Direktzahlungen sind äußerst ungleich verteilt und begünstigen große Betriebe in Gunstlagen.

### **Forstwirtschaft reduziert ökologische Aufgaben**

Die Forstwirtschaft ist aufgrund des Kostendrucks nicht mehr in der Lage, wichtige ökologische Aufgaben zu erfüllen. Seit der Privatisierung der Österreichischen Bundesforste erscheint die Pflege des heimischen Waldes nicht mehr in gewohnter Qualität möglich zu sein. Kahlschlag und Übernutzung aus Rentabilitätsgründen wirken sich auf den Wald ebenso negativ aus wie eine mangelnde Bewirtschaftung von Wäldern aufgrund mangelnder Rentabilität. Vor allem kann die Rücknahme der Bewirtschaftung in Extremlagen zur Gefährdung der Schutzfunktion des Waldes führen.

### **Politische Vertretung und Partizipation**

Landwirtschaftspolitik ist von jeher fast ausschließlich Männerangelegenheit. Zwar sind mehr als die Hälfte der in der Landwirtschaft Beschäftigten Frauen. Allerdings sind nur 14,6 % der gewählten Personen in den Landwirtschaftskammern weiblich. Alle wichtigen Funktionen in Politik, Verwaltung, in der Interessensvertretung, in Genossenschaften, Molkereien, Agrargemeinschaften, in der Sozialversicherung und den Maschinenringen werden von

Männern wahrgenommen. Auch im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft wird nur ein Viertel der Abteilungen von Frauen geleitet. Jenseits von agrarpolitischer Partizipation findet die Organisation und Vernetzung von Frauen im Bereich der „Arbeitsgemeinschaft der Bäuerinnen“ statt. Die in der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern eingeordnete Organisation ist vom Dorf übers Land bis zum Bundesgebiet durchorganisiert. Ihre Einflussnahme ist vor allem auf Familie, Soziales, Bildung und Erwerbskombination gerichtet.

siehe dazu:

Theresia Ödl-Wieser: Chancengleichheit im Rahmen des Österreichischen Programmes für die Entwicklung des ländlichen Raumes. Hg. von der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien, 2004

## Alternativen

Die Sicherung einer flächendeckenden Land- und Forstwirtschaft erfordert einerseits eine Veränderung von Rahmenbedingungen, die den kleinen und bäuerlichen Strukturen mehr Handlungsspielräume ermöglichen. Andererseits erfordert sie Strategien im Produkt- und Marketingbereich sowie für eine vielfältige und flexible Nutzung bäuerlicher Potenziale.<sup>61</sup>

### **Gesamtökologisierung – Umwelt- und qualitätsorientierte Reform der Agrarpolitik**

Ziel einer Reform der Agrarpolitik muss eine Wende hin zu einer ökologisch orientierten nachhaltigen Landwirtschaft sowie eine dementsprechende Ausrichtung der gesamten damit verbundenen Institutionen (Forschung, Beratung, Qualifizierung) sein. Die derzeitige Reform der EU-Agrarpolitik (vor dem Hintergrund der WTO-Verhandlungen und der Osterweiterung) bedeutet grundsätzlich einen Weg in die richtige Richtung: Verstärkte Umweltorientierung, Schwerpunkt auf „ländliche Entwicklung“, Entlastung der Überschussmärkte sowie eine sozialere Ausrichtung der Förderung. Aber für eine ökologisch orientierte nachhaltige Landwirtschaft ist eine konsequente Ausrichtung auf eine umwelt- und qualitätsorientierte Agrarpolitik unerlässlich.

Diese umfasst:

- Einen Binnenmarkt mit Lebensmitteln von hoher Qualität;
- Die Bindung der Direktzahlungen an ökologische Leistungen, an Arbeitskraft und an Qualitätsverbesserungen;
- Die Umschichtung der EU-Mittel aus dem Marktordnungsbereich in den Bereich ländliche Entwicklung;
- Die Abschaffung der Exportsubventionen.

### **Sozial gerechtere und ökologisch sinnvollere Förderungen**

Eine Umwandlung des Fördersystems in Richtung sozial

gerechter und ökologisch sinnvoller Förderungen und Direktzahlungen bedeutet:

- Die Einführung eines betrieblichen Fördersockelbetrages (zugunsten von Betrieben in Ungunstlagen),
- Die Bindung der Förderungen an Umweltleistungen und Qualitätsstandards,
- Die Bindung der Direktzahlungen an die Arbeitskraft (Arbeitskraft- statt Flächenförderung),
- Die Degressive Staffelung der Förderungen nach Betriebsgröße und dadurch die Berücksichtigung der niedrigeren Fixkosten von Großbetrieben.

### **Spezialisierung und Qualitätsproduktion**

Zwar gibt es in Österreich innerhalb der EU den größten Anteil an biologisch wirtschaftenden Betrieben. Biologische Produkte gibt es nicht allein auf Bauernmärkten, sondern auch in Supermärkten. Entscheidend wird jedoch sein, dass bäuerliche Betriebe durch biologische Produktion eine höhere Wertschöpfung erzielen können. Aber nicht nur Spezialisierung und Qualitätsproduktion sind entscheidend, sondern auch neue Vermarktungsstrategien und Organisationsmodelle: Dabei bildet der persönliche Kontakt zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen ein entscheidendes Kriterium und macht den Unterschied zum herkömmlichen Einkauf. Die Stärkung von Direktvermarktung und regionaler Vermarktung von Qualitätsprodukten spielt eine besondere Rolle für die Sicherung der Wertschöpfung bäuerlicher Betriebe. Die Zusammenarbeit mit dem regionalen Handel und mit Tourismusbetrieben stärkt die regionalen Strukturen.

### **Neue Nutzungen und vielfältige Leistungen**

Intelligente Konzepte, Strategien und Organisationsmodelle fördern die umfassende Nutzung einer Vielfalt an Potenzialen jenseits der Lebensmittelproduktion.

Dazu zählen:

- Die Produktion und Verarbeitung nachwachsender Roh-

stoffe (Energiepflanzen, Pflanzen für industrielle und gewerbliche Nutzung),

- Die Erzeugung und Verwertung erneuerbarer Energie (z.B. Biomasse und Biogas),
- Ein Naturnaher Tourismus,
- Vertragsnaturschutz und Kulturlandschaftspflege, zum Beispiel zur Erreichung internationaler und nationaler Naturschutzziele (Natura 2000, Alpenkonvention),
- Die Entwicklung und der Ausbau kommunaler und sozialer Dienstleistungen (Kompostierung, Schneeräumung, bäuerliche Sozialprojekte, Maschinenringe).

### **Wandel von Bildung und Berufsbildern**

Die Agrarwende wird von einem Umdenken in den landwirtschaftlichen Institutionen (Kammern, Bildungseinrichtungen) begleitet. Denn die vielfältige und flexible Nutzung von Potenzialen beruht auf einem neuen Selbstverständnis, neuen Berufsbildern und dementsprechenden Qualifizierungen. Einerseits unterstützen neue Bildungs- und Beratungsangebote die Ausbildung für die vielfältige Nutzung bäuerlicher Betriebspotenziale (biologische Produktion, Energiewirt, naturnaher Tourismus). Andererseits unterstützen Bildungs- und Beratungsangebote einen Umstieg bzw. einen Aus- und Einstieg in landwirtschaftliche Betriebe.

### **Neue Organisationsmodelle**

Neue flexible kooperative Organisationsmodelle, die die Nutzung von Betriebsflächen übernehmen, sichern die zukünftige Bewirtschaftung, wenn aufgrund mangelnder Rentabilität oder aus anderen Gründen Betriebe nicht mehr aufrecht zu erhalten sind.

### **Forstwirtschaft mit ökologisch-nachhaltigen Aufgaben**

Die Alternative zur intensiven Waldbewirtschaftung (Kahlschlag, Übernutzung) oder zu einer mangelnden Bewirtschaftung ist eine Forstwirtschaft, die in langen Zeiträumen

denkt und plant und die erneuerbare Ressource Holz sichert. Die nachhaltige Nutzung des Waldes im Interesse der Gesellschaft ist eine öffentliche Aufgabe: für ausgewogene Holzgewinnung, Naturschutz, Schutzfunktion des Waldes und Naturerlebnis – zum Beispiel durch Vertragsnaturschutz oder die Förderung ökologisch und sozial verantwortlicher Waldbewirtschaftung (Öko-Holzgütesiegel).

## 2.6 Geschlechtersensible Planung und Politik

### Wie können eine geschlechtersensible und gleichstellungsorientierte Planung und Politik die Gestaltung regionaler Lebensbedingungen verändern?

#### Entwicklungen, Trends, Befunde <sup>62</sup>

##### Regionale Unterschiede bei geschlechtsspezifischen Lebens- und Arbeitsbedingungen

In der Gestaltung von Räumen widerspiegeln sich immer gesellschaftliche Verhältnisse. Räumliche Planung ist immer auch Ausdruck von Macht- bzw. von Geschlechterverhältnissen. Regionale Lebens- und Arbeitsbedingungen von Männern und Frauen sind immer durch spezifische Geschlechterverhältnisse mitbestimmt. Allerdings gilt nicht die klischeehafte Gleichung: „traditionelle“ Geschlechterverhältnisse im ländlichen Raum bzw. „fortschrittliche“ Geschlechterverhältnisse im städtischen Raum. Denn „traditionelle“ Geschlechterverhältnisse sind ebenso in Städten zu finden. Doch gibt es regionale Unterschiede bei geschlechtsspezifischen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Und nicht nur allgemeine Politik, sondern auch Regionalplanung und Regionalpolitik nehmen Einfluss auf deren Gestaltung.

##### Weniger qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen und soziale Infrastruktur in ländlichen Regionen

In ländlichen Regionen gibt es tendenziell weniger Ausbildungsmöglichkeiten und qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen. Familien sind mit einem Mangel an sozialer Infrastruktur (Kinderbetreuungsangeboten) konfrontiert. <sup>63</sup> Frauen sind – nach wie vor – mit der Thematik Kinderbetreuung identifiziert und damit auf „familiensubstituierende Versorgungseinrichtungen“ angewiesen, um Kinder und Beruf miteinander verbinden zu können. <sup>64</sup>

##### Dominante Geschlechterbilder

Für Frauen sind keine qualifizierten und gut bezahlten Berufe in traditionellen Männerdomänen vorgesehen, son-

dern typisch „weibliche“ Rollen und Berufe im versorgenden, schlechter bezahlten Dienstleistungsbereich – unter prekären Rahmenbedingungen.

### **Jüngere qualifizierte Frauen wandern aus ländlichen Regionen ab**

Jüngere Frauen, die in ländlichen Räumen leben, sind oft besser ausgebildet als jüngere Männer. Aufgrund des Mangels an adäquaten Arbeitsplätzen und an unterstützenden Rahmenbedingungen wandern mobile qualifizierte jüngere Frauen in Ballungszentren ab.

### **Räumliche Ausdifferenzierung von Frauen- und Männerarbeitsplätzen**

Räumliche Ausdifferenzierung bedeutet: Männer pendeln aus. Frauen bleiben in der Region. Wenn Erwerbsspendeln von Männern zunimmt, bleiben Frauen in den ländlichen Regionen zurück. Diese Zentralisierungstendenzen bedeuten die Schwächung von Regionen zu Lasten der Personen, die das soziale Leben in den Gemeinden tragen.<sup>65</sup>

### **Männerdominanz auf regionalen Arbeitsmärkten**

Ländliche Regionen sind durch eine stärkere Dominanz des Männeranteils am regionalen Arbeitsmarkt geprägt. So betrug der Männeranteil am Arbeitsmarkt im Bundesland Salzburg im Durchschnitt 60%, wobei es regionale Unterschiede gibt: In der Stadt Salzburg ist der Anteil geringer, im Stadt-Umland höher.

### **Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede**

Es gibt regionale Schwankungen in der geschlechtsspezifischen Einkommensschere, allerdings nicht nach dem Muster, dass diese in ländlichen Regionen größer ist. Gerade in einer männlich dominierten großbetrieblichen Industriestruktur mit branchen- und geschlechtsspezifischen Einkommensmustern ist die geschlechtsspezifische Einkommensschere größer (z.B. Bezirk Hallein) als in ländlichen

Regionen (z.B. Bezirk Lungau). Allerdings darf nicht nur die geschlechtsspezifische Einkommensschere in Betracht gezogen werden. Eine differenzierte Betrachtungsweise muss auch die unterschiedlichen Durchschnittseinkommen zwischen den Regionen berücksichtigen.

Zwischen 1995 und 2000 hat sich die Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen sowie die Arbeitslosenquote von Frauen in fast allen Regionen Österreichs erhöht – ein Faktum, dass von Regionalplanung und -politik nicht reflektiert wird.

### **Geschlechtertypische Aufteilung der Wirtschaft?**

In der Wirtschaftsstruktur wird folgendes Muster deutlich: Einem männlich dominierten exportorientierten und attraktiven Produktionssektor steht ein binnenorientierter, regional versorgender weiblich dominierter Dienstleistungssektor gegenüber.

### **Was hat Regionalplanung und Regionalpolitik mit Geschlechterverhältnissen zu tun?**

Regionalplanung und Regionalpolitik verstärken geschlechtsspezifische Benachteiligungen eher als sie abzubauen.

### **Dominante „Frauenbilder“ und fehlende Problemwahrnehmung**

Das vorherrschende „dichotome“ Denken in „typisch weiblich“ und „typisch männlich“ sieht für Frauen nur bestimmte Rollen, Ausbildungen und Berufsmöglichkeiten vor. Diese Denkweise, die Ungleichheiten vor allem deshalb verstärkt, weil sie Frauen damit in prekäre Biographien und Rollen drängt und die fehlende Reflexion von Geschlechterbildern bei Planern und Politikern führt dazu, dass bestehende Ungleichheiten zementiert werden. So gelten in der Regionalentwicklung Frauen eher als „Problem“, denn als „Potenzial“, zum Beispiel als minder qualifiziert und als Problemgruppe des Arbeitsmarktes (z.B. Wieder-

Einsteigerinnen“). Traditionelle Frauenbilder und Rollenzuschreibungen und mangelnde geschlechtersensible Wahrnehmung in der Regionalplanung und -politik führen letztlich dazu, dass viel kreatives und innovatives Potenzial für Regionen nicht genutzt wird. Nicht zuletzt deshalb wandern jüngere qualifizierte Frauen aus ländlichen Regionen ab.

Regionalplanung und -politik nehmen geschlechtsspezifische sozioökonomische Problemkonstellationen nicht ausreichend wahr. Im Gegenteil forcieren planerische und regionalpolitische Interventionen und Neuerungen männerdominierte Arbeitszusammenhänge, zum Beispiel wenn „erwerbsbezogene männliche Pendelachsen“ gestärkt werden oder wenn sich regionale Entwicklungspolitik darauf konzentriert, „für Männer gut bezahlte Jobs im High-Tech-Produktionsbereich zu schaffen und diese Arbeitsplätze auch massiv finanziell zu fördern“.<sup>66</sup>

### **Frauen sind bei Planungs- und Entscheidungsprozessen unterrepräsentiert**

Frauen sind in Entscheidungs- und Planungsprozessen unterrepräsentiert.<sup>67</sup> Dies äußert sich in männlich dominierten Gremien, Foren und Verbänden auf regionaler Ebene (z.B. zur Abwicklung von EU-Förderprogrammen). Dies äußert sich im Besonderen auch darin, dass in Raum- und Regionalentwicklungsrelevanten Planungen, Leitbildern und Programmen eine geschlechtsspezifische Sichtweise noch kaum vorkommt. So gibt es im Österreichischen Raumentwicklungskonzept sowie in Landesprogrammen kaum bzw. keine expliziten geschlechtsspezifischen Aussagen.

## Alternativen

Eine geschlechtersensible und gleichstellungsorientierte Regionalplanung und Regionalentwicklungspolitik beruht auf folgenden Herausforderungen und Aufgaben:<sup>68</sup>

### **Gleichstellungsorientierte Regionalplanung: Ein Beispiel**

Am Beispiel Kinderbetreuung wird deutlich, wie Regionalplanung zum Abbau von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten beitragen kann: „Wenn Regionalplanung zur Reduzierung der Ungleichheit bei der Aufteilung der Betreuungsarbeit zwischen Frauen und Männern beitragen will, so ist es zielführender, sich auf die Förderung wohnortnaher Kinderbetreuung zu konzentrieren als auf die Förderung von Betriebskindergärten – und in diesem Zusammenhang insbesondere für den ländlichen Raum auch stärker über innovative Lösungen übergemeindlicher oder altersgemischter Betreuungsformen nachzudenken ... Je stärker die Mischung von Wohnnutzung und Arbeitsfunktion und je kleinräumiger die Mischung von Frauen- und Männerarbeitsplätzen ausfällt, desto leichter lässt sich Elternarbeit zwischen Vätern und Müttern aufteilen“.<sup>69</sup> Dieses Beispiel zeigt deutlich den Zusammenhang zwischen Raumgestaltung und der Gestaltung von Geschlechterbeziehungen und womit eine geschlechtergerechte Regionalplanung herausgefordert ist.

### **Gender Mainstreaming als ein strategischer Ansatz**

Als strategischer Ansatz zielt Gender Mainstreaming darauf ab, die Geschlechterperspektive in allen politischen und administrativen Entscheidungen und Maßnahmen zu verankern. Inzwischen ist Gender Mainstreaming zum Leitziel der Verwaltungen innerhalb der Europäischen Union geworden und für alle öffentlichen Bereiche – auch für Regionalplanung, Regionalförderungsprogramme undgl. relevant. Inzwischen werden Regionalplanung und Regionalpolitik bzw. die „regionale Ebene“ als ein wichtiger Ansatzpunkt für eine gleichstellungsorientierte Politik thematisiert. Und im Zuge der Implementierung von Gender Mainstreaming als Leitziel sind auch Regionalpolitik und

Siehe dazu die Studie:

Elisabeth Aufhauser u.a. Grundlagen für eine "Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung". Grundlagenstudie als Vorarbeit für die Evaluierung der Regionalprogramme der EU-Strukturfonds in Österreich im Hinblick auf die EU-Ziele des "Gender Mainstreaming"

BKA, Abteilung für Regionalpolitik, Wien, 2004

Regionalplanung gefordert, ihre Ziele, Aktivitäten und Strukturen auf Geschlechtergerechtigkeit bzw. auf Gleichstellungsorientierung hin zu überprüfen.<sup>70</sup> Eine zentrale Basis für gleichstellungsorientierte Politik ist die Reflexion herrschender Geschlechterbilder bei PlanerInnen und EntscheidungsträgerInnen. Gleichstellungsorientierte Regionalplanung und Regionalpolitik erfordern einen Abbau von Geschlechterklischees und die Auseinandersetzung mit der regionalen Ausdifferenzierung männlicher und weiblicher Lebenslagen.

### Was bedeutet frauengerechte Regionalplanung?

Frauengerechte Regionalplanung bedeutet:

- Eine gleichstellungsorientierte Gestaltung von Lebens- und Arbeitsräumen: durch eine Verkehrsinfrastruktur, die sich an der nicht motorisierten Bevölkerung orientiert (Siedlungs- und Arbeitsplatzentwicklung mit ÖPNV-Anschluss), eine Siedlungsentwicklung mit gemischten Funktionen (Wohnen und Arbeiten) und mit entsprechenden Versorgungsangeboten, unterstützenden Einrichtungen und Netzwerken sowie die Sicherung und Erhaltung von Naherholungsräumen;
- Den Aufbau einer geschlechterdifferenzierten Datenbasis für regionalpolitisch relevante Planungs- und Entscheidungsprozesse;
- Die Beteiligung von Frauen an Planungs- und Entscheidungsprozessen: die Repräsentation von Frauen in relevanten regionalpolitischen Entscheidungsgremien wird signifikant erhöht. Beauftragte und Netzwerke auf lokaler und regionaler Ebene unterstützen frauen- bzw. gleichstellungsorientierte Anliegen;
- Die Stärkung autonomer Frauenprojekte für Qualifizierung, Managements, Vernetzung und innovative Prozesse;
- "Gender Budgeting" dient der Umsetzung einer geschlechtergerechten Budgetgestaltung in Gemeinden.

### Es geht auch anders: Gender Alp Raumentwicklung für Frauen und Männer

Projektlaufzeit: 2005 – 2007 mit 12 PartnerInnenstädten und -regionen aus Österreich, Italien, Deutschland, Frankreich und Slowenien (+ 12 Städte und Regionen mit Observerstatus)

Ziele: Bewusstsein schaffen in den Bereichen Gender Planning (geschlechtergerechte Raumplanung) und Gender Budgeting zur Umsetzung von Gender Mainstreaming, Wissensdatenbank erarbeiten zu Qualitätsmanagement in Raumplanung und öffentlichen Haushalten unter Berücksichtigung der Gender Mainstreaming-Strategie, Erfahrungsaustausch und gute Praxis-Beispiele über Gender Mainstreaming, Gender Planning und Gender Budgeting zwischen den PartnerInnen

## **Gleichstellung fördert regionalpolitische Innovationen**

Regionalpolitik muss an der Gleichstellung der Geschlechter aus mehreren Gründen interessiert sein: So kann der in österreichischen Regionen verbreitete „Gründungsschwäche“ im Dienstleistungsbereich in ländlichen Regionen durch eine stärkere Förderung von innovativen Gründungen von Frauen im produktionsnahen Dienstleistungsbereich begegnet werden. Wenn man davon ausgeht, dass Regionen Veränderungen brauchen, dann stellen gerade Veränderungen im Bereich der Geschlechterbeziehungen einen wichtigen innovativen Impuls mit ökonomischen Auswirkungen dar. „Insgesamt gilt ... auch heute noch, dass in einer sozial „gerechten“ Gesellschaft mehr Innovationskraft steckt als in einer sozial „ungerechten“. Nachzuweisen ist auf alle Fälle weltweit (auch für die Regionen Österreichs), dass der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen und die Höhe des BIP positiv miteinander korrelieren. Laut Weltbank gilt auch weltweit, dass die Wirtschaftsentwicklung umso dynamischer verläuft, je geringer die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern ist. Auf alle Fälle weisen alle vorliegenden Untersuchungen darauf hin, dass ein Schließen der geschlechterspezifischen Einkommensschere nicht nur eine faire Anerkennung der Arbeit, die Frauen leisten, bedeutet. Es ist auch „gut für die Regionen“: Es ermöglicht Frauen, ihr volles Potenzial in den Erwerbsbereich einzubringen. Es reduziert regionale Verarmungsprozesse und die damit verbundenen sozialen Probleme (etwa bei Kindern).“<sup>71</sup>

Und es bereichert die Regionen, um innovative und handlungsorientierte Ansätze, die von Frauen eingebracht werden.

„Gender Budgeting bedeutet die Analyse und Gestaltung von Budgets aus der Gleichstellungsperspektive. Gender Budgeting ist somit ein Instrument, um Frauenpolitik zu konkretisieren“

In: Bergmann, Nadja u.a.: Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung, Wien, 2004, Seite 3

## 2.7 Zukunftsfähige Gemeinde- und Regionalentwicklung

### Wie können Gemeinden und Regionen neue Herausforderungen, Probleme eigenständig, demokratisch und zukunftsfähig bewältigen?

#### Entwicklungen, Trends, Befunde

##### Zukünftige Herausforderungen und Gestaltungsspielräume für Gemeinden und Regionen

Nicht nur die allgemeine Wirtschafts-, Sozial- und Regionalpolitik von EU, Bund und Ländern, sondern auch Gemeinden, regionale Organisationen und Netzwerke gestalten den Lebensraum und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung mit. Gemeinden und Regionen sind nicht nur „Objekt“ von Politik, sondern eben auch handelnde „Subjekte“. Gemeinden sind mit einer Reihe von Herausforderungen und Gestaltungsaufgaben konfrontiert. Die regionale Ebene wird zunehmend nicht nur als notwendige Ebene für Koordination und Kooperation gesehen, sondern auch als Potenzial für entwicklungspolitische Netzwerke. Im Sinne einer Gesellschaft mit mehr Beteiligungsmöglichkeiten und Demokratie wird es in Zukunft entscheidend sein, über welchen eigenständigen Gestaltungs- und Entwicklungsspielraum Gemeinden und Regionen verfügen werden. Es wird auch entscheidend sein, wie sie diese Spielräume gestalten und wie partizipativ und demokratisch Planungs- und Entscheidungsprozesse auf lokaler und regionaler Ebene erfolgen.

##### Sozialer und demographischer Wandel und seine Auswirkungen auf Gemeinden

Soziale und demographische Veränderungen sowie der wirtschaftliche Strukturwandel beeinflussen nachhaltig die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Gemeinden und regionalen Lebensräumen:

- Gerade kleinere Gemeinden verlieren Nahversorgungsmöglichkeiten. Davon sind vor allem weniger mobile und sozial schwächere Bevölkerungsgruppen betroffen.

- Die demographische Entwicklung führt allgemein zu einer älter werdenden Gesellschaft. In peripheren ländlichen Regionen wird dieser Wandel noch von einer Abwanderung jüngerer qualifizierter Bevölkerungsgruppen überlagert. Gemeinden sind mit einem wachsenden Bedarf an Versorgungs- sowie an außerfamiliären Betreuungsangeboten für ältere GemeindegewohnerInnen konfrontiert.
- Im Unterschied zu Städten verfügen ländliche Gemeinden und Regionen über zuwenig Kinderbetreuungsangebote. Eine Ausweitung von Betreuungsangeboten erfordert in ländlichen Regionen neben allgemeinen Rahmenbedingungen die Bereitschaft von Gemeinden, an der Bereitstellung bedarfsorientierter und flexibler Kinderbetreuungsangeboten mitzuwirken.

### **Partizipative Potenziale werden zu wenig genutzt**

Die lokale politische Kultur entscheidet auch über die Bewältigung neuer Herausforderungen mit. Sie fördert oder behindert sie. Viele Gemeinden nützen dabei die Potenziale ihrer BürgerInnen nicht.

So findet der soziale Wandel seinen besonderen Ausdruck in individualisierten Lebensstilen und Freizeitformen sowie in der Auflösung traditioneller Solidargemeinschaften. Bei mobilen und qualifizierten Bevölkerungsgruppen besteht tendenziell weniger Interesse an Gemeindepolitik, da sie im Verhältnis zu anderen Gruppen weniger auf kommunale und nahräumliche Angebote angewiesen ist. Insgesamt lässt die Bindung an eine Gemeinde, d.h. an eine lokale soziale Einbindung nach. Gleichzeitig besteht aber ein Bedürfnis nach Nahraum.

Dies verändert die Rahmenbedingungen für das örtliche Gemeinschaftsleben. Denn viele gemeinnützige Leistungen in Gemeinden – von der Feuerwehr bis zur Wassergenossenschaft – beruhen auf der freiwilligen Leistung von GemeindegewohnerInnen – eine Voraussetzung, die durch die Auflösung lokaler sozialintegrativer Strukturen durch eine hochmobile Wettbewerbsgesellschaft tendenziell in Frage gestellt wird. Gemeinden und ihre BürgerInnen sind deshalb gefordert, die Erfüllung sozialer und gemeinnütziger

Aufgaben, soziale Integration und die Identifikation der BürgerInnen mit ihrem Lebensraum zu fördern.

Gemeinden erleben einerseits Abwanderung, andererseits wie im Falle von Umlandgemeinden von Städten enorme Zuwanderung. Dabei bringt eine neue mobile, qualifizierte Bevölkerungsgruppe neue Werte und Interessen in die Zuwanderungsgemeinde mit ein. Aber anstatt dass diese Konstellation von den Gemeinden als Potential genutzt wird, besteht oft ein Nebeneinander von sich abschottender lokaler Eliten und der neuen Bevölkerungsgruppen.

### **Nicht alle Herausforderungen und Aufgaben sind auf Gemeindeebene allein zu bewältigen**

Die Gestaltung von Lebensräumen und die Sicherung der Lebensqualität kann aufgrund der Verflechtungen, Wirkungen und Herausforderungen nicht mehr auf Gemeindeebene alleine gelöst werden. Was in einer Gemeinde entschieden wird (zum Beispiel die Errichtung eines Einkaufszentrums), hat immer Auswirkungen auf benachbarte Gemeinden.

### **Konkurrenz statt Kooperation**

Gemeinden stehen im Standortwettbewerb um die Ansiedlung von Betrieben, Versorgungseinrichtungen sowie um Hauptwohnsitze. Diese Tatsache behindert notwendige Kooperationen in Raumordnungs-, Infrastruktur und Standortfragen sowie eine gemeinsame Entwicklungspolitik. Ein klassisches Beispiel dafür bildet die Konkurrenz zwischen Kernstädten und Umlandgemeinden im "Speckgürtel" (z.B. Wals-Siezenheim mit Salzburg bzw. Vösendorf mit Wien, Pasching mit Linz). Denn die Umlandgemeinden profitieren von ihrer Standortlage im Einzugsbereich der Städte (Bevölkerungszuzug, Gewerbeansiedlungen, Einkaufszentren). Nicht allein die Kommunalsteuer sondern eine Politik, die den Standortwettbewerb noch forciert, heizt das Konkurrenzdenken an.

### **Schwindende Finanzkraft, fehlende Aufgabenorientierung Zuweisung von Mitteln**

Aufgrund von Einnahmenausfällen und einem abnehmenden Anteil am öffentlichen Budget (Gesamtabgabenertrag) sowie aufgrund neuer Aufgaben geraten Gemeinden und Städte an den Rand der Finanzierbarkeit ihrer Leistungen:

- Der bestehende Finanzausgleich geht zu ihren Lasten. Denn der Bund hat mehr Anteile am Gesamtbudget gewonnen, die Gemeinden und Städte haben Anteile verloren: durch den Ausfall der Getränkesteuer, durch Zwangsbeiträge zur Mitfinanzierung der Steuerreform. Damit gehen finanzielle Spielräume für Gemeinden und Städte verloren.
- Der bestehende Finanzausgleich führt aufgrund undurchsichtiger Verflechtungen zur ineffizienten Abwicklung von Aufgaben (Verantwortungen, Entscheidungen, Ziele, Ergebnisse sind unklar). So sind Gemeinden zur Co-Finanzierung von Aufgaben gezwungen, ohne Einfluss auf diesbezügliche Entscheidungen bzw. auf die Effizienz der Aufgabenerfüllung nehmen zu können (z.B. Spitalsfinanzierung).
- Gemeinden haben neue Aufgaben übernommen. Und sie sind aufgrund des sozialen und demographischen Wandels gerade im Bereich der Kinder- und Altenbetreuung mit steigenden Anforderungen und Kosten konfrontiert.
- Die Gemeinden sind wichtige öffentliche Investoren. Gleichzeitig fehlen ihnen finanzielle Spielräume für neue Investitionen. Kleine Gemeinden in strukturschwachen ländlichen Regionen verlieren Einnahmen durch Abwanderung und Betriebsabsiedlungen. Die undifferenzierte Umverteilung nach dem Modell der „Einheitsgemeinde“ benachteiligt Gemeinden und Städte mit zentralörtlichen Aufgaben, da sie im Verhältnis zu ihren Aufgaben nicht über entsprechende Mittel verfügen.

### **Die regionale Ebene als „geschlossene Gesellschaft“?**

Auf überörtlicher Ebene entstehen einerseits aus Kostengründen, andererseits aus entwicklungspolitischen Überle-

gungen regionale Organisationen und Netzwerke für Raumordnung, Infrastruktur sowie für Standort- und Wirtschaftsentwicklung: Regionalvereine, Entwicklungsorganisationen, Regionalmanagements – zur Abwicklung und Koordination von Förderprogrammen – so zum Beispiel das Regionalmanagement oder Foren für die Abwicklung von Regionalförderungsprogrammen.

Die regionale Ebene bildet eine Herausforderung und eine Chance für gemeinsames regionalpolitisches Handeln. Allerdings scheint diese Ebene noch viel zu wenig bewusst und gezielt genutzt zu werden. Es fehlen an vielen Orten Regeln und Rahmenbedingungen für kooperative Planungs-, Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse und es überwiegt das Konkurrenzdenken – wie zum Beispiel gerade in Stadt-Umland-Gebieten. Regionale Verbände, Gremien und Strukturen, in denen zukunftsweisende Entscheidungen getroffen und Schwerpunkte gesetzt werden, bilden größtenteils „geschlossene“ männliche Gesellschaften von Bürgermeistern und Vertretern aus Verbänden und Kammern. Sie sind tendenziell intransparent und nicht demokratisch kontrolliert. Es besteht die Gefahr, dass Förderungsprogramme von den beharrenden Interessen lokaler und regionaler Eliten instrumentalisiert werden. Oft besteht ein Mangel am viel zitierten und geforderten Mut für Neuerungen und Innovationen sowie für Experimentierfreude. Geschlossene Gesellschaften zur Aufteilung von Mitteln und zur Verteidigung bestehender Interessen bilden in der Regel keine kreativen Milieus.

## Herausforderungen und Alternativen

### Aufgabenorientierte Stärkung der Finanzkraft von Gemeinden und Städten

Eine Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden und Städte bildet die Basis für eine angemessene Erfüllung ihrer Aufgaben. Dies erfordert eine Reform des Verteilungsschlüssels im Finanzausgleich zugunsten der Gemeinden und Städte bzw. eine Erhöhung des Anteils am Gesamtabgabenertrag. Allerdings kann eine undifferenzierte Stärkung sowie Umverteilung von Mitteln nicht das Ziel allein sein. Es bedarf auch einer Neuorientierung und neuer Kriterien.

Dazu zählen zum Beispiel:

- Das Prinzip der „Konnexität“: Die Einheit von Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortung und die Entflechtung von Finanztransfers und Zuständigkeiten.
- Aufgabenorientierung: Da Gemeinden unterschiedliche Aufgaben erfüllen – Basisaufgaben, zentralörtliche Aufgaben usw., ist ein abgestufter Schlüssel für die Zuweisung von Mitteln aus dem Finanzausgleich erforderlich, damit die Leistungsfähigkeit der Gemeinden gewährleistet werden kann (Abkehr vom Prinzip der "Einheitsgemeinde").

### Erleichterung und Förderung interkommunaler Kooperationen

Die Einnahmenbeschaffung über Kommunalsteuer bewirkt einen Standortwettbewerb zwischen Gemeinden um Unternehmen, Versorgungseinrichtungen und Infrastrukturen. Für die Erleichterung und Förderung von Kooperationen werden rechtliche Rahmenbedingungen und Anreize gegeben: Besondere Formen des interkommunalen Finanzausgleichs ermöglichen Investitionen in gemeinsame Infrastrukturen. Die kooperationsfeindliche Kommunalsteuer wird durch eine andere Art der Einnahmen und Besteuerung ersetzt.

Bedarf an interkommunaler Koordination und Kooperation gibt es zum Beispiel in folgenden Bereichen:

- In der Raum-, Standort- und Infrastrukturplanung: Kooperative Planung von Gemeinden ermöglicht nachhaltige Raumordnung sowie Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung;
- In der Organisation und Finanzierung gemeinsamer Technologie-, Gewerbe- und Innovationsgebieten – deren Finanzierung durch einen interkommunalen Finanzausgleich geregelt wird;
- In der Organisation von Nahversorgungsangeboten, die durch Verkehrserregerabgaben (eingezahlt in einen Nahversorgungsfonds) über einen interkommunalen Finanzausgleich finanziert werden;
- Bedarfsorientierte flexibler Kinder- und Altenbetreuungsangebote in dünner besiedelten, ländlichen Regionen;
- Die Organisation des regionalen ÖPNV-Verkehrs (zum Beispiel Talerbusse).

Die Koordination und Kooperation für gemeinsame Belange braucht nicht nur Anreize, sondern auch Rahmenbedingungen, die über freiwillige Planung hinaus Verbindlichkeit und Entscheidungskompetenzen und demokratisch kontrollierte Gremien auf regionaler Ebene vorsieht.

### **Eine neue politische Kultur wagen - Mehr Demokratie und Beteiligung zur Nutzung kreativer Potenziale**

- Bürgerarbeit und Dritter Sektor: Der soziale Wandel in Gemeinden erfordert soziale Integration, BürgerInnenbeteiligung und Verantwortung für die Bewältigung sozialer und ökologischer Aufgaben und die Gestaltung von Lebensbedingungen in Gemeinden. Dafür braucht es geeignete gemeinnützige Organisationen, freiwillige Arbeit, nicht-monetären Austausch von gemeinnützigen Leistungen. Sozialintegrative, beteiligungsorientierte Projekte zur Bewältigung sozialer Aufgaben und der Gestaltung von Lebensqualität in Gemeinden erfordern partnerschaftliche Modelle der Förderung und Finanzierung. Eine intelligente Entwicklung von Bürger-

arbeit und „Drittem Sektors“ in Gemeinden und Regionen fördert Integration, Motivation und Engagement.

- Good Governance meint das Bemühen, die Herausforderungen im Bereich der Verbesserung von Lebensqualität, der Infrastruktur-, Naturschutz, Nahraum-, Nahversorgungsplanung und -entwicklung unter Beteiligung von BürgerInnen zu lösen und Bürgerprojekte zu fördern und zu unterstützen.
- Ein besonderes Beispiel bildet die partizipative Budgetgestaltung. Die Erstellung des Budgets erfolgt unter Beteiligung von BürgerInnen einer Gemeinde. Dies verändert Prioritäten und Schwerpunkte.

### **Offenere und demokratischere Gestaltung regionaler Strukturen und Prozesse**

Die regionale Ebene erweist sich als Handlungsebene für die Bewältigung von neuen Herausforderungen und Aufgaben heraus. Gegen die Tendenz zur geschlossenen (Männer)Gesellschaft auf regionaler Ebene sind mehr Transparenz, Demokratie und Beteiligung erforderlich. Zum Beispiel durch die Integration von mehr Frauen in Planungs- und Entscheidungsprozesse.

Eine offenere, demokratisch kontrolliertere Gestaltung von Gremien, regionalen Institutionen und Plattformen schöpft das Potenzial einer Region besser aus. Gleichzeitig wird damit verhindert, dass die Interessen einer regionalen Elite diese Gremien und Einrichtungen instrumentalisieren und monopolisieren.

Wir kommen damit zum Kern von Regionalentwicklung und von Regionalpolitik: Entscheidend sind kreative Prozesse als Basis für innovative Projekte. Fördernde Rahmenbedingungen sind: offene, motivierende und aktivierende Einrichtungen zur Entwicklung, Planung und Entscheidung von Schwerpunkten und von Mittelvergabe.

---

## Endnoten

- <sup>1</sup> Ein Anspruch, welcher sowohl die Kohäsionsziele der Europäischen Union wesentlich begründet als auch nach wie vor in den Leitzielen des Österreichischen Raumentwicklungskonzeptes verankert ist.
- <sup>2</sup> Vgl. Dax, Thomas u.a.: Perspektiven für die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes, Hg. Von der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien 2004
- <sup>3</sup> Schindegger, Friedrich: Raum. Planung. Politik. Ein Handbuch zur Raumplanung in Österreich, Wien 1999, 51 – 72
- <sup>4</sup> Vgl. dazu Schindegger, Friedrich, 1999
- <sup>5</sup> Ich folge dabei den Darstellungen in: ÖROK (Hg.): Österreichischen Raumentwicklungskonzeptes 2001, Wien 2002
- <sup>6</sup> Vgl. TU Graz, Institut für Verfahrenstechnik (Hg.): Leitfaden zur Umsetzung der Local Agenda 21 in Österreich, 1998 (Download-Manuskript); vgl. Auch [www.nachhaltigkeit.at](http://www.nachhaltigkeit.at)
- <sup>7</sup> Siehe dazu: Siehe Fischer, Joschka: Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Eine politische Antwort auf die globale Revolution, Köln, 1998; Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt a.M., 1995; Ulrich Beck: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft, Frankfurt a.M., 2000; Ruth Simsa: Ökonomie zwischen und jenseits von Staat und Markt – Potenziale, Grenzen und Gestaltungsoptionen (Text wurde von den Grünen Wien zur Verfügung gestellt).
- <sup>8</sup> Vgl. TU Graz, Institut für Verfahrenstechnik (Hg.): Leitfaden zur Umsetzung der Local Agenda 21 in Österreich, 1998 (Download-Manuskript); vgl. Auch [www.nachhaltigkeit.at](http://www.nachhaltigkeit.at)
- <sup>9</sup> Vgl. VCÖ (Hg.): Wirtschaftsfaktor Verkehrsinfrastruktur – Chance und Risiko für Regionen, Wissenschaft und Verkehr 4/2003; ebenfalls ÖROK, 2002
- <sup>10</sup> Siehe dazu die Analysen in: Schindegger, Friedrich: Raum. Planung. Politik. Ein Handbuch zur Raumplanung in Österreich, Wien, 1999
- <sup>11</sup> ÖROK (Hg.): Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2001, Wien 2002, 137; dazu auch: Schindegger, 1999
- <sup>12</sup> Vgl. dazu Fischer, 1998; Rifkin, 1995
- <sup>13</sup> Laut Angaben von Elfriede Bauer-Jelinek im Rahmen der Gesprächsforen zum Grünen Regionen-Konzept
- <sup>14</sup> Laut Angaben von E. Bauer-Jelinek; vgl. dazu auch Fischer, 1998; Rifkin, 1995
- <sup>15</sup> Siehe dazu: Grünes Wirtschaftsblatt, 4/2004; VCÖ, 4/2003; ÖROK, 2002
- <sup>16</sup> Joschka Fischer forderte eine neue „Gründerzeit“ – unter der Rahmenbedingung einer Senkung der Lohnnebenkosten und eines Umstieges zu steuerfinanzierten Sozialleistungen, siehe in: Fischer, 1998
- <sup>17</sup> Laut Grünes Wirtschaftsblatt 4/2004; siehe auch Elfriede Bauer-Jelinek, unter: [www.mikrobetriebe.at](http://www.mikrobetriebe.at)
- <sup>18</sup> Vgl. TU Graz, Institut für Verfahrenstechnik (Hg.): Leitfaden zur Umsetzung der Local Agenda 21 in Österreich, 1998 (Download-Manuskript)
- <sup>19</sup> Waldert, Helmut: Gründungen. Starke Projekte in schwachen Regionen, Wien, 1992; Günther Scheer: Regionale Wirtschaftsberatung und eigenständige Regionalentwicklung, Vortragsunterlagen, Goldegg, 1994
- <sup>20</sup> Scheer, Günther: Regionale Akteure vernetzen – Österreichische Erfahrungen, in: Tagungsbericht Eco Plus-Jahrestagung 1998, Krens
- <sup>21</sup> Vgl. Bratl, Hubert: Regionen als wirtschaftliche Entwicklungssysteme, Wien, 1996
- <sup>22</sup> Vgl. ÖROK (Hg.): Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2001, Wien, 2002
- <sup>23</sup> Vgl. Wiesinger, Georg: Armut im ländlichen Raum, Hg. v. Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien, 2004

- 
- <sup>24</sup> unter Bezugnahme auf folgende Quellen: Gespräch mit Bruno Rossmann vom Dezember 2004; Unterlagen der GBW-Sommerakademie 2004; Grüne Dokumente Ö-Konvent; BEIGEWUM (Hg.): Mythos Nulldefizit. Alternativen zum Sparkurs, Wien, 2000; Waldhauser, Herbert: 51. Gemeindefest. Eine Demonstration der Geschlossenheit, in Kommunal, 2004, 8 – 12;
- <sup>25</sup> Vgl. ÖROK, 2002, Kapitel Räumlicher Ausgleich und soziale Integration
- <sup>26</sup> Vgl. dazu Positionspapier Kinderbetreuung der Salzburger Grünen, unter: [www.salzburg.gruene.at](http://www.salzburg.gruene.at) (Download)
- <sup>27</sup> Siehe dazu: Gesundheitspolitische Leitlinien der Grünen; Download unter: [www.Gruene.at/Grüne Programme und Statuten](http://www.Gruene.at/Grüne_Programme_und_Statuten)
- <sup>28</sup> ÖROK, 2002, 76
- <sup>29</sup> unter Bezugnahme auf folgende Quellen (siehe auch Fussnote 2): Gespräch mit Bruno Rossmann vom Dezember 2004; Unterlagen der GBW –Sommerakademie 2004; Grüne Dokumente Ö-Konvent, 2004; BEIGEWUM (Hg.): Mythos Nulldefizit. Alternativen zum Sparkurs, Wien, 2000; Waldhauser, Herbert: 51. Gemeindefest. Eine Demonstration der Geschlossenheit, in Kommunal, 2004, 8 – 12;
- <sup>30</sup> ÖROK, 2002, 76
- <sup>31</sup> Grüne Dokumente Ö-Konvent, 2004, 20
- <sup>32</sup> Vgl. dazu ÖROK, 2002, 80
- <sup>33</sup> Siehe dazu: Gesundheitspolitische Leitlinien der Grünen; Download unter: [www.Gruene.at/Grüne Programme und Statuten](http://www.Gruene.at/Grüne_Programme_und_Statuten)
- <sup>34</sup> ÖROK, 2002, 79
- <sup>35</sup> Vgl. auch diverse VCÖ-Studien und Factsheets ([www.vcoe.at](http://www.vcoe.at)); Beispiel: VCÖ (Hg.): Wirtschaftsfaktor Verkehrsinfrastruktur – Chance und Risiko für Regionen, Wissenschaft und Verkehr 4/2003
- <sup>36</sup> Folgende Angaben laut VCÖ-Factsheet: Mobilität besser managen, 2004
- <sup>37</sup> ÖROK, 2002, 94/95
- <sup>38</sup> ÖROK, 2002, 20
- <sup>39</sup> VCÖ-Factsheet: VCO-Studie zeigt: Zu viel Verkehr beeinträchtigt den Tourismus, 2004
- <sup>40</sup> Ebenda, 2
- <sup>41</sup> Ebenda, 3
- <sup>42</sup> ÖROK, 2002, 51
- <sup>43</sup> ÖROK, 2002, 58
- <sup>44</sup> Siehe: [www.alpenverein.or.at](http://www.alpenverein.or.at)
- <sup>45</sup> Vgl. einschlägige Fachliteratur unter den Stichworten „Suburbanisierung“, „Zwischenstadt“, „Urban Sprawl“
- <sup>46</sup> ÖROK, 2002, 115
- <sup>47</sup> In: ÖROK, 2002, 94
- <sup>48</sup> ÖROK, 2002, 58
- <sup>49</sup> Nach Angaben von Georg Willi, Tiroler Grüne, vom...
- <sup>50</sup> Vgl. einschlägige VCÖ-Factsheet bzw. [www.vcoe.at](http://www.vcoe.at)
- <sup>51</sup> Siehe dazu: [www.alpenverein.or.at](http://www.alpenverein.or.at)
- <sup>52</sup> Siehe dazu: [www.Alpenverein.or.at](http://www.Alpenverein.or.at)

<sup>53</sup> VCÖ-Fact Sheet: VCO-Studie zeigt: Zu viel Verkehr beeinträchtigt den Tourismus, 2004, 4

<sup>54</sup> Vgl. dazu: ÖROK, 2002

<sup>55</sup> ÖROK, 2002, 60/61

<sup>56</sup> ÖROK, 2002, 68

<sup>57</sup> Vgl. dazu BMLF (Hg.): Der Grüne Bericht, Wien, 2004; Hovorka, Gerhard: die Berglandwirtschaft in der EU-Agrarpolitik, Wien, 2002, unter: [www.babf.bmlf.gv.at](http://www.babf.bmlf.gv.at)

<sup>58</sup> Vgl. dazu: ÖROK, 2002, Kapitel Ländliche Regionen – Vielfalt an Herausforderungen und Entwicklungschancen

<sup>59</sup> ÖROK, 2002, 135

<sup>60</sup> Vgl. Hubmann, Richard: (Op-) Positionen der Grünen Bäuerinnen und Bauern Österreich), 2004

<sup>61</sup> Ich folge dabei im Wesentlichen: Das Landwirtschaftsprogramm der Grünen, Wien, 2002

<sup>62</sup> Der folgende Abschnitt orientiert sich dabei im Wesentlichen an: Aufhauser, Elisabeth: Muss sich die Regionalplanung (auch) noch um die Gleichstellung kümmern? – in: Tagungsdokumentation: Wir planen für Männer und Frauen. Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung, Salzburg, 2002, 14–32

<sup>63</sup> Vgl. dazu zum Beispiel: Büro für Frauenfragen und Gleichbehandlung des Landes Salzburg: Salzburger Frauengesundheitsbericht, 2000

<sup>64</sup> Fuchshofer, Rosemarie: haben Frauen für die Region andere Interessen als Männer?, in: Tagungsdokumentation: Wir planen für Männer und Frauen. Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung, Salzburg, 2002, 51

<sup>65</sup> Ebenda, 3

<sup>66</sup> Aufhauser, 17

<sup>67</sup> Wankiewicz, Heidrun: Wie kommen Männer und Frauen in der Regionalplanung vor? – In: Tagungsdokumentation: Wir planen für Männer und Frauen. Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung, Salzburg, 2002, 45

<sup>68</sup> In folge dabei im Wesentlichen: Aufhauser, Elisabeth: Muss sich die Regionalplanung (auch) noch um die Gleichstellung kümmern? – in: Tagungsdokumentation: Wir planen für Männer und Frauen. Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung, Salzburg, 2002, 14–32

<sup>69</sup> Aufhauser, 2002, 15

<sup>70</sup> Vgl. Dazu: ÖROK (Hg.): EU-Regionalpolitik und Gender Mainstreaming in Österreich. Anwendung und Entwicklungsansätze im Rahmen der regionalen Zielprogramme, Wien, 2004

<sup>71</sup> Aufhauser, 2002, 24

---

## **TeilnehmerInnen an den Diskussionsforen zum „Grünen Regionenkonzept“**

Termine: 2. Juli, 30. September, 16. Dezember 2004

Elisabeth Aufhauser, Univ. Prof. Dr., Institut für Geographie, Universität Wien

Christine Bauer-Jelinek, Wirtschaftscoach, Publizistin

Stefan Ceipek, Mag. Grüner Rathausclub Wien

Daniela Graf, Obfrau der Grünen Bildungswerkstatt Bund

Sabine Gretner, Dipl. Ing., Grüner Rathausclub Wien

Reinhard Gschöpf, Mag. Referent für Verkehr und Tourismus im Grünen Club

Manfred Itzinger, Grüne Niederösterreich

Elisabeth Kerschbaum, Grüne Bundesrätin

Elisabeth Loibl, Dipl. Ing., Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Sabine Mandak, Nationalratsabgeordnete der Grünen

Andreas Novy, Univ. Prof. Dr. für Stadt- und Regionalentwicklung, WU Wien

Richard Pfann, GBW Burgenland

Karl Rainer, Dipl. Ing. Österreichische ARGE für Eigenständige Regionalentwicklung

Michaela Sburny, Nationalratsabgeordnete der Grünen

Wolfgang Vogel, Mag., Grüner Gemeinderat in Seewalchen am Attersee

Heidrun Wankiewicz, Mag.a, Büro für Raumplanung und Umwelt, Salzburg

Gerlind Weber, Univ.Prof.Dr.Dipl. Ing., Inst. F- Raumplanung Universität f. Bodenkultur, Wien

Hermann Weratschnik, Gemeindevertreter in Schwaz

---

## Weitere GesprächspartnerInnen (2004 – 2005)

Grüner Landtagsklub Steiermark

Reinhard Gschöpf, Mag., Referent für Verkehr und Tourismus im Grünen Club

Raimund Holzer, Gemeinderat in Scheibbs an der Ybbs

DI Theresia Oedl-Wieser, Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Johann Padutsch, Stadtrat, Bürgerliste Salzburg

Volker Plass, Sprecher der Grünen Wirtschaft Österreich

Heidi Reiter, Dr., Landtagsabgeordnete der Salzburger Grünen

Bruno Rossmann, Mag. , Arbeiterkammer Wien

Cyriak Schwaighofer, Landtagsabgeordneter der Salzburger Grünen

Ulrike Schwarz, Landtagsabgeordnete der OÖ-Grünen

Dr. Georg Wiesinger, Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Georg Willi, Landtagsabgeordneter der Tiroler Grünen

---

## Links

[www.gruene.at](http://www.gruene.at)

[www.gb.w.at](http://www.gb.w.at)

[www.bauern.gruene.at](http://www.bauern.gruene.at)

[www.gruenewirtschaft.at](http://www.gruenewirtschaft.at)

[www.berggebiete.at](http://www.berggebiete.at)

[www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de](http://www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de)

[www.ecology.at/index.php](http://www.ecology.at/index.php)

[www.nachhaltigkeit.at](http://www.nachhaltigkeit.at)

[www.europa.eu.int/comm/regional\\_policy/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm)

[www.europa.eu.int/comm/agriculture/rur/leaderplus/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/agriculture/rur/leaderplus/index_de.htm)

[www.leader-austria.at/network](http://www.leader-austria.at/network)

[www.oea.at](http://www.oea.at)

[www.zsi.at](http://www.zsi.at)

[www.lebensraummitzukunft.at](http://www.lebensraummitzukunft.at)

[www.alpenkonvention.org](http://www.alpenkonvention.org)

[www.soft-mobility.com](http://www.soft-mobility.com)

[www.vcoe.at](http://www.vcoe.at)

[www.transitforum.at](http://www.transitforum.at)

[www.alpenverein.or.at](http://www.alpenverein.or.at)

[www.la21wien.at/Plone](http://www.la21wien.at/Plone)